

ARBEITER-ZEITUNG

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Diebstahl an den Arbeitslosen

Neue Millionen der Reichsanstalt für den FAD

Arztlich wird durch WTB folgende Meldung verbreitet:

Berlin, 26. November.

In einem ausführlichen Erlaß an die Bezirkskommissare beschäftigt sich der Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst (Syrup) mit der Durchführung des Arbeitsdienstes im Winter. Zunächst wird festgestellt, daß infolge der zahlenmäßigen Entwicklung des freiwilligen Arbeitsdienstes die bisher zur Verfügung stehenden Mittel Anfang Dezember verbraucht sein werden. Auf Vorschlag des Reichskommissars ist mit Zustimmung der Reichsregierung aus den Mitteln der Reichsanstalt ein weiterer Betrag zur Verfügung gestellt worden. Am der Natur der im freiwilligen Arbeitsdienst bestehenden Aufgabenstellung folgt daraus, daß ein wesentlicher Teil der Maßnahmen in den Wintermonaten (Januar und Februar) zum Erliegen kommen muß. Immerhin wird es möglich sein, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln den freiwilligen Arbeitsdienst auch in diesen Monaten auf ein Drittel des bisherigen Standes zu halten.

So harmlos diese Meldung aufgemacht ist, so ungeheuerlich ist ihr Inhalt. Es bedeutet nichts anderes, als daß in der Zeit, in der 7 Millionen Arbeitslose hungern — weil ihnen die nach dem ursprünglichen Gesetz zustehende Unterstützung zum Teil (Jugendliche und Familienangehörige) vollständig geraubt wurde, zum Teil durch Herabsetzung der Unterstützungsdauer von 26 auf 6 Wochen, durch Kürzung der Unterstützungssätze und auf Grund einer raffinierten „Bedürftigkeitsprüfung“ schamlos reduziert worden ist — die von ihnen selbst aufzubringen Mittel weiter für den freiwilligen Arbeitsdienst verschleudert werden.

Es drückt sich darin die von uns schon vor einiger Zeit gemeldete Tatsache aus, daß die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenvermittlung trotz der ungeheuerlichen Arbeitslosigkeit aus Mitteln der unerhört hohen Beiträge zur Versicherung noch riesige Ueberschüsse machen konnte. Statt daß aus dieser Tatsache die einzig richtige Schlussfolgerung gezogen würde, sofort die skandalösen Verordnungen über den Unterstützungsraub aufzuheben und wieder die nach dem Gesetz zustehenden Unterstützungssätze zu bezahlen, werden die Arbeitslosen um die ihnen zustehenden Summen bestohlen, um damit eine Rekrutenschule für den Militarismus und eine Lohndrückerarmee aufrecht zu erhalten.

Besonders das letztere ist einer der Hauptzwecke des freiwilligen Arbeitsdienstes. Obwohl man bei seiner Gründung feierlichst versicherte, daß der FAD nur für sogenannte zusätzliche Arbeit eingesetzt würde, d. h. für Arbeiten, die normalerweise nicht von in Tariflohn beschäftigten Arbeitern ausgeführt werden, beweisen unzählige Tatsachen gerade der letzten beiden Monate, daß durch den FAD Hunderttausende von bisher in Tariflohn beschäftigten Forst-, Land-, Bau- und Gemeindearbeitern aus ihrer Arbeitsstelle verdrängt wurden und jetzt gezwungen werden, für wenige Groschen pro Tag im FAD ihre Berufsarbeit auszuüben. Es werden nicht nur heute fast alle Straßenbauten und Waldarbeiten, sondern sogar der nur von Facharbeitern durchzuführende Bau von Wohnhäusern, städtischen Schwimmhallen usw. im freiwilligen Arbeitsdienst ausgeführt. Dabei muß festgestellt werden, daß, was die finanziellen Aufwendungen für die Arbeiten des FAD betrifft, diese nicht billiger zu stehen können, als wenn sie frei vergeben und in Tariflohn durchgeführt würden. Der Unterschied ist nur der, daß jetzt im FAD riesige Summen an den Händen aller möglichen reaktionären und militaristischen Zwi-

schensinstanzen hängen bleiben, während die Arbeiter mit Bettelpfennigen abgespeist werden.

Daraus folgt, daß die gesamte Arbeiterschaft, vor allen Dingen sämtliche Gewerkschaftsmitglieder ohne Unterschied der politischen Richtung eine sofortige Aenderung der katastrophalen Einstellung zur FAD, den prinzipiellen und entschlossenen Kampf der Gewerk-

schaften gegen diese reaktionäre Einrichtung erzwingen müssen. Gleichzeitig muß der Kampf geführt werden unter der Losung:

Keiner Pfennig mehr aus der Reichsanstalt für den FAD!

Sofortige Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung auf die Höhe der ursprünglichen Unterstützungssätze!

Kabinett Schleicher in Sicht

(Eigene Meldung der SAZ)

Berlin, 26. November.

Bis zum Sonnabendmittag wurde allgemein mit einer Wiederernennung Papens zum Reichskanzler gerechnet. Im letzten Augenblick hat man diesen Plan in den Kreisen um Hindenburg zurückgestellt, weil man doch den Versuch machen will, einen Kanzler zu ernennen, der etwas weniger erbitterten Widerstand als Papen findet, für den sich bekanntlich nur die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei einsetzen. Insbesondere besteht der Wunsch, durch die Betrauung einer anderen Persönlichkeit mit dem Reichskanzlerposten das Zentrum und die Bayerische Volkspartei zur Unterstützung der Regierung heranzuziehen.

Auf Grund dieser Erwägungen hat jetzt der Reichswehrminister von Schleicher die größten Aussichten, Reichskanzler zu werden. Im Laufe des Sonntags hat er bereits mit den verschiedenen Parteien inoffiziell Fühlung genommen. Das Zentrum und besonders die christlichen Gewerkschaften will Schleicher dadurch gewinnen, daß

das Reichsarbeitsministerium Herrn Siegerwald übertragen

werden soll. Auf diese Weise beabsichtigt Schleicher, auch zu den freien Gewerkschaften und zur SPD eine Brücke zu schlagen. Am Sonntag hat er sich, wie das Conli-Nachrichtenbüro meldet, bereits mit Dr. Breitscheid in Verbindung gesetzt. Von sozialdemokratischer Seite wird aber gemeldet, daß SPD und Freie Gewerkschaften auch zu einem Kabinett Schleicher in Opposition stehen würden.

Andererseits ist Schleicher bemüht, auch die Nationalsozialisten zu einer duldsamen Haltung zu bewegen. Am liebsten möchte er das Innenministerium, für das Herr von Geyl auf keinen Fall mehr in Frage kommt, dem Nationalsozialisten Strasser übertragen. Es ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß die Nationalsozialisten auf dieses Angebot eingehen werden. In einer Versammlung, die am Sonntag in Weimar stattfand, hat Hitler gegen ein Kabinett Schleicher gesprochen und Dr. Goebbels hat erklärt, wenn einer von Hitlers Mitarbeitern Reichsminister würde, dann nur unter der Voraussetzung, daß Hitler Reichskanzler werde.

Bis zur Stunde hat sich Schleicher noch nicht offiziell bereit erklärt, den Kanzlerposten zu übernehmen. Er will dies nur unter der Voraussetzung,

daß der Reichstag bereit ist, sich mindestens bis in den Januar hinein zu vertagen und auf diese Weise ein Kabinett Schleicher zu tolerieren.

In der Umgebung des Reichspräsidenten hofft man, daß eine Reichstagsmehrheit aus Angst vor Neuwahlen für diesen Plan zu gewinnen sein werde.

Die geplante Ernennung des Reichswehrministers von Schleicher zum Reichskanzler muß als ein Zeichen dafür angesehen werden, daß das Bürgertum keinen anderen Weg mehr sieht, als der Reichswehr sämtliche Machtpositionen zu übertragen und den Generälen die Verteidigung des kapitalistischen Klassenstaates anzuvertrauen. Zugleich soll die „soziale“ Einstellung Schleichers diese Maßnahmen trennen und auch Arbeiterschichten gewinnen. Die klassenbewußte Arbeiterschaft wird sich durch diese Machenschaften keinen Augenblick täuschen lassen!

Neuer Schlichter für Berlin und Schlesien

Berlin, 28. November.

CNB. Der Schlichter von Westfalen, Professor Brahn, ist zum Schlichter für Berlin, Brandenburg und Schlesien ernannt worden. Professor Brahn wird sein neues Amt am 1. Januar 1933 antreten.

Die Schlichterbezirke Berlin-Brandenburg und Schlesien sind vor einiger Zeit zusammengelegt worden. Professor Brahn, der hier gleichzeitig als Ersatz für den abgesetzten Wissell (Berlin) fungiert, hat seine Nützlichkeit für das Kapital schon in Westfalen bewiesen.

SAP-Stimmen mehr als verfünffacht!

Stadtverordnetenwahl
in Geesthacht

NSDAP	689 (956)	4 Mandate (0)
Fortschritt u. Aufbau	322 (in dieser Liste vertreten bürgerl. Part.)	2 Mandate (6)
Heimattiste	180 (—)	1 Mandat (0)
SPD	681 (858)	4 Mandate (4)
SAP	347 (67)	2 Mandate (6)
KPD	1057 (1289)	6 Mandate (9)

Die Vergleichszahlen in den Klammern beziehen sich auf die Reichstagswahl am 6. November 1932, bei den Mandaten auf die Zahl der Sitze auf Grund der letzten Stadtverordnetenwahl im Jahre 1929.

Während alle anderen Parteien gegenüber der Reichstagswahl vom 6. November beträchtlich an Stimmen verloren haben, hat die SAP 280 Stimmen gewonnen und ihre Stimmzahl vom 6. November mehr als verfünffacht. Ein sehr erfreuliches Zeichen dafür, daß in der Arbeiterschaft die Anerkennung unseres Wirkens immer mehr Boden gewinnt.

Einheitsfront der Tat oder Phrase

Im Sommer tagte in Amsterdam, organisiert von Anhängern der Kommunistischen Internationale, der Antikriegskongreß, der auch in Kreisen der nichtkommunistischen Arbeiterschaft und des radikalen Bürgertums einen starken Widerhall gefunden hat. Sollte dieser Kongreß von dauernder Wirkung sein, sollte seine Bedeutung sich nicht darin erschöpfen, einer größeren Anzahl von Arbeiterführern und Intellektuellen mehrere erhebende Augenblicke verschafft zu haben, so müßte die weitere Arbeit der Organisatoren des Kongresses und der auf dem Kongreß gegründeten Antikriegskomitees in erster Linie darin bestehen, in allen Ländern eine eifrige Propaganda für Einheitsfrontaktionen des Proletariats zu entwickeln, denn daß das internationale Proletariat die einzige Macht ist, die dem imperialistischen Krieg erfolgreich Widerstand zu bieten imstande ist, braucht wohl an dieser Stelle nicht erst bewiesen zu werden.

Die Kommunistischen Parteien und die Kommunistische Internationale, aus deren Kreisen die Initiative zur Organisation des Antikriegskongresses ausgegangen ist, wären dazu berufen, solche Einheitsfrontaktionen auszulösen und zu leiten. Die verhängnisvolle Gewerkschaftspolitik der Kommintern in den letzten Jahren wirkt aber in der entgegengesetzten Richtung. Keine noch so langen Resolutionen für die Einheitsfront, keine noch so langen Artikel in der kommunistischen Presse können die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die gesamte Tätigkeit der Kommunistischen Parteien seit über vier Jahren praktisch darauf hinausgeht, jede Einheitsfrontaktion zu vereiteln, denn jede gemeinsame Aktion mit nichtkommunistischen Arbeitern wird den Parteimitgliedern nur dann erlaubt, wenn die kommunistische Führung vor vornherein gesichert ist. Was das Endziel einer klug geleiteten Einheitsfrontpolitik sein sollte, wird zur Vorbedingung gemacht, das heißt das, was Lenin als Einheitsfronttaktik bezeichnete, wird, völlig mißverstanden, ad absurdum geführt.

Auf einen besonders krassen Fall dieser falsch verstandenen Einheitsfrontpolitik wollen wir heute hinweisen. Auf dem Kongreß in Amsterdam war auch Nicole anwesend, der jetzt — als „Radelführer“ der Ereignisse in Genf — verhaftete Führer der schweizerischen linken Sozialisten. Seine Anwesenheit auf dem Antikriegskongreß wurde besonders gefeiert, ebenso wie die Erklärung der 400 Sozialdemokraten, unter denen sich auch Nicole befand, mit Recht die besondere Beachtung der kommunistischen Presse fand. Während man aber mit der einen Hand diese guten linken Sozialfaschisten streichelte, schlug man mit der anderen Hand auf die Kommunisten ein, die nun Einheitsfrontaktionen mit ihnen und den hinter ihnen stehenden Arbeitern verlangten. Das Opfer dieser Janus-Politik ist jetzt Humbert Droz geworden, der bereits verschiedentlich gemäßigter und dann wieder zum Führer der KP der Schweiz erhobene, ehemalige Sekretär des Präsidiums der Kommunistischen Internationale. In der Zeitschrift „Kommunistische Internationale“ vom August befaßt sich der Leitartikel mit dem „bolschewistischen Kampf gegen den Opportunismus“. In diesem Artikel heißt es: „Anstatt den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu verschärfen, anstatt den wahren, verräterischen Charakter der

„linken“ und „linksten“ Sozialdemokratie von den breiten Arbeitermassen zu entlarven, vertraut man diesen Manövern und kapituliert faktisch vor der Sozialdemokratie. Nach Humbert-Droz stellt der „Genfer Sozialfaschist“ (M) Nicole den äußersten linken (ohne Anführungsstriche) Flügel der Sozialdemokratie dar, der in einer Reihe sehr wichtiger internationaler Fragen und vor allem in der Frage des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg dieselben Ziele verfolgt wie der Kommunismus.“

Weiter wird Humbert-Droz vorgeworfen, er verlange den „Block“ mit Nicole anstatt diesen vor den Arbeitern zu entlarven. Die Einheitsfront, die Humbert-Droz auf Grund des Auftretens Nicles auf dem Amsterdamer Antikriegskongress mit ihm und seinen Anhängern forderte, wird von den Theoretikern der Komintern einfach als „Arbeiterblock“ bezeichnet. Auch Bringolf, dem Führer der kommunistischen Opposition, gegenüber soll Humbert-Droz einen opportunistischen Standpunkt eingenommen haben, denn er habe nicht erkannt, daß dieser „sozialfaschistische Agent“ sich mit „berufsmässigen Mitteln der schaffhausener Parteiführung bemächtigt hat“ und jetzt eine „unfermentierende provokatorische Tätigkeit“ entwickle.

Selbstverständlich mußte Humbert-Droz sein Verbrechen, die Einheitsfrontpolitik so durchführen zu wollen, wie die Komintern sie in ihren besseren Zeiten selbst gefordert hatte, damit büßen, daß ihm die führende Funktion in der KP der Schweiz abgenommen wurde. Um aber noch weiter überhaupt Mitglied der Partei zu bleiben, mußte er eine jener Erklärungen abgeben, die in den letzten Jahren leider zu den Gewohnheiten der Komintern geworden sind. Erklärungen, mit denen ein Führer sich in den Augen der Arbeiter selbst diskreditieren muß. Denn wie sollten Arbeiter noch Vertrauen zu einem Führer haben, der erklärt: „Unter meiner persönlichen politischen Führung und Verantwortung hat die Partei sich zurückentwickelt und eine opportunistische Politik befolgt“, — besonders wenn die Arbeiter wissen, daß dieser Führer selber mit keinem Wort an diese erzwungene Erklärung glaubt?

Welche Bedeutung Erklärungen von Arbeiterführern gegen den Krieg haben, wenn keine Aktionen in den Massen sie erhärten, hat das Beispiel der II. Internationale zur Genüge gezeigt. Die Kominternführer wollen das nicht sehen. Sie setzen ihr unsinniges Gerede von „Sozialfaschismus“ fort und, stillen trotz aller Warnungen und trüben Erfahrungen für die Arbeiterklasse ihre eingebildeten parteiegoistischen Interessen über die der Klasse. Aufgabe unserer Genossen ist es, gerade in Diskussionen mit kommunistischen Arbeitern immer wieder auf diese Tatsachen hinzuweisen mit dem Zweck, so alle Arbeiter, auch die KPD-Mitglieder zu mobilisieren und eine wirkliche Einheitsfrontpolitik gegenüber der Parteibürokratie in der SPD wie KPD zu erzwingen.

Wird die Fraktion dem Parteibeschluss folgen?

Offenburg (Baden), 27. November.

Der außerordentliche Parteitag der badischen Sozialdemokraten hat heute nach eingehender Aussprache beschlossen, daß die badische Landtagsfraktion der Sozialdemokraten gegen die Konkordate mit der katholischen und evangelischen Kirche stimmt.

Ausschluss aus der SPD

Berlin, 26. November.

CNB. Durch einen Beschluss des Parteibezirksgerichts der Sozialdemokratischen Partei ist der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Dr. Dr. Breitfeld vom Landratsamt Uckeründe aus der Partei ausgeschlossen worden. Schon vor Monaten hieß es, daß Dr. Breitfeld der Partei den Rücken kehren würde. Dr. Breitfeld hatte seinerzeit eine Arbeit „Irrwege der sozialen Fürsorge“ veröffentlicht. Das Stettiner Parteibezirksgericht der Sozialdemokratischen Partei hatte von ihm verlangt, daß er die Ausführungen, in denen an der sozialen Fürsorge scharfe Kritik geübt wurde, zurücknehmen bzw. abschwächen solle, was Dr. Breitfeld jedoch ablehnte.

Kleine Nachrichten

Oslo, 26. November.

Der Nobelausschuss beschloß, in diesem Jahre den Friedensnobelpreis nicht zur Verteilung zu bringen. Der für dieses Jahr vorgesehene Betrag wird setzungsgemäß für das nächste Jahr zurückbehalten.

Schneidemühl, 26. November

In der Landwirtschaftskammer für die Grenzmark wurde ein Nationalsozialist zum Präsidenten gewählt. Für den Nationalsozialisten stimmten außer der NSDAP auch die Vertreter der christlichen dem Zentrum nahestehenden Bauernvereine.

Bullerjahn soll wieder ins Zuchthaus!

Unerhörter Strafantrag des Reichsanwalts

(Eigener Bericht der „SAZ“)

Wth. Leipzig, 26. November.

Im Wiederaufnahmeverfahren gegen Bullerjahn beantragte heute der Reichsanwalt Nagel nach einem vierstündigen Plädoyer, das frühere Urteil aufrecht zu erhalten, mit der Maßgabe, daß der Angeklagte zu zwölf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt wird, wobei die bisher verbüßte Strafe anzurechnen ist.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung teilte Präsident Bünzgen mit, daß der Senat die Ladung des Herrn von Stauff abgelehnt habe, da seine Angaben nicht zur Glaubwürdigkeit des Zeugen von Gontard herangezogen werden können. Das Zeugnis Bünzgens sei, wegen dessen Verurteilung wegen Spionage, ungeeignet.

Es wird sodann die Korrespondenz zwischen Dr. Rosenfeld und Leutnant Johst vorgelesen. Johst bestätigt dort nochmals, daß er Bullerjahn nicht kenne.

Damit wird die Beweisaufnahme geschlossen.

Reichsanwalt Dr. Nagel beginnt nunmehr sein Plädoyer, das sich über vier Stunden erstreckt. Nagel geht aus vom ersten Urteil. Er hält vieles, was damals gesagt wurde, für überholt, aber die entscheidende Frage, ob Bullerjahn schuldig sei, müsse auch jetzt noch bejaht werden.

Nachdem Reichsanwalt Nagel einen längeren Abriss über den ganzen Verlauf des Prozesses gegeben hat, stellt er fünf Indi-

ziationen auf, welche nach seiner Meinung Bullerjahn des Verrats überführen. Das sei erstens die umfassende Kenntnis des Werkes, die nur Bullerjahn gehabt habe, zweitens sein Benehmen im Werke, drittens die Krankmeldung, viertens das Verhalten am 7. Januar 1925, und fünftens seine Begegnung mit dem Leibarzt Langner am 25. Dezember 1924.

Während sich das erste Urteil im wesentlichen auf die Aussagen des damals noch unbekanntem Herrn von Gontard stützte, mußte jetzt, nachdem Gontard im Lichte der Öffentlichkeit gezeigt wurde, der Reichsanwalt Gontards Zeugnis als ganz nebensächlich hinstellen. Dennoch verteidigt Dr. Nagel die Person des Generaldirektors gegen die vielen Angriffe der Öffentlichkeit. Im ganzen war das Bemühen des Reichsanwalts in seinem Plädoyer die vielen in diesem Verfahren aufgetauchten Entlastungsmomente für Bullerjahn zu zerstreuen. Das jedoch dürfte ihm vollkommen daneben gelungen sein.

Die schwache Position der Reichsanwaltschaft zeigt sich insbesondere darin, was sie als Motive des Verurteils ins Feld führt. Danach handelte Bullerjahn nur aus Geltungsbedürfnis und Rachsucht. Er wollte die Firma schädigen und hat das ganze Reich geschädigt. Die Größe des Verrats ergebe sich aus der Nichträumung der Kölner Zone durch die Franzosen, wenn hierfür auch der Verrat nicht der alleinige Grund gewesen sei.

Am Schluß seiner Ausführungen plädierte Dr. Nagel für oben stehendes Urteil, was im Zuhörerraum berechtigige Empörung auslöste.

Am Montag werden die Plädoyers der Verteidigung erfolgen.

Wahlen im Bremischen Landgebiet

Neue starke Verluste der Nazis

Bremen, 27. November.

WTB. Im Bremischen Landgebiet fanden heute die Wahlen zu den Gemeindeausschüssen der 14 bremischen Landgemeinden statt. Die Wahlbeteiligung betrug 81,5 Prozent gegen 77,8 Prozent bei den letzten Gemeindeauschuwahlen am 17. November 1929.

Auf die SPD entfielen 91 (bisher 109) Mandate, auf die KPD 8 Mandate. (Die Kommunisten waren bei den vorigen Gemeindeauschuwahlen noch nicht mit eigenen Wahlvorschlägen aufgetreten). Insgesamt umfaßt die Linke also heute 99 Mandate gegen bisher 109.

Die NSDAP, die bei den vorigen Gemeindeauschuwahlen gleichfalls noch nicht mit eigenen Wahlvorschlägen vertreten war, erzielte 14 Mandate.

Die übrigen Wahlvorschläge lassen sich wegen ihrer zum Teil örtlich bedingten Zusammensetzung nicht parteimäßig eingliedern, umfassen aber im allgemeinen die zwischen den oben genannten Parteien liegenden bürgerlichen Stimmen und erzielten 71 gegen bisher 75 Mandate. Damit verfügen die bürgerlichen Parteien

einschließlich der Nationalsozialisten in den neuen Gemeindeausschüssen des Bremischen Landgebiets insgesamt über 85 Mandate. Von den insgesamt 184 Mandaten verloren mit anderen Worten also die Linke 10 Mandate, die den übrigen Parteien zufielen.

Die Zahl der abgegebenen Stimmen betrug heute: Für die SPD 4160 Stimmen. Bei den letzten Reichstagswahlen vom 6. November erhielten die Sozialdemokraten in denselben Gemeinden 4307 Stimmen. Für die Kommunisten wurden heute 567 Stimmen abgegeben, bei der letzten Reichstagswahl waren es 634.

Die Nationalsozialisten hatten einen erheblichen Stimmenrückgang zu verzeichnen. Sie erhielten 894 Stimmen gegen 1191 Stimmen bei der Reichstagswahl vom 6. November d. J. und 1843 Stimmen bei der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932. Ihr seitheriger Verlust beträgt also rund 900 Stimmen oder 50 Prozent.

Alle übrigen Wahlvorschläge zusammen vereinigten auf sich 2792 Stimmen. Die entsprechenden Parteien erzielten bei der Reichstagswahl vom 6. November 2330 Stimmen.

Belgien wählt

Keine wesentlichen Verschiebungen

Brüssel, 28. November.

WTB. Nach den bis gegen 1,30 Uhr vorliegenden Wahlergebnissen rechnen die Sozialisten mit einem Nettogewinn von drei Sitzen. Sie gewinnen einen Sitz in Mecheln, zwei im Hennegau und einen in Lüttich, während sie wahrscheinlich in der Provinz Namur zugunsten der Liberalen einen Sitz verlieren. Diese vorläufige Schätzung zeigt, daß die Sozialistische Partei, die 70 Mandate im Parlament innehatte, nur mäßige Fortschritte gemacht hat und von sich aus keinen Umsturz der parlamentarischen Kräfteverhältnisse herbeiführen kann. Die Katholische Partei, die bei den Wahlen von 1929 76 Mandate erhielt, befindet sich ihrerseits im Vordringen. Sie rechnet mit einem Gewinn von fünf bis sechs Mandate, zwei in Westflandern, zwei in der Provinz Antwerpen, einen in Luxemburg und einen in Limburg. Für die Liberalen war der Wahltag nicht günstig, da sie sich auf einen Verlust von fünf bis sechs Sitzen gefaßt machen müssen. Bisher verfügten sie über 28 Mandate.

Die Frontpartei (Flämische Nationalisten, bisher 11 Sitze) verliert vier Sitze, zwei in Westflandern, zwei in der Provinz Antwerpen. Die Kommunisten verzeichnen im allgemeinen Rückgänge; ihre Stärke ist für die parlamentarische Gesamtlage unwichtig, da sie bisher nur einen einzigen Abgeordneten besaßen.

Die endgültigen Wahlergebnisse werden erst im Laufe des Dienstags feststehen.

Danzig—Polen

Konflikt durch direkte Abmachung beseitigt

Seit Wochen schwebt zwischen Polen und Danzig ein scharfer Konflikt, weil Polen, das auch nach dem Friedensvertrag die im Gebiet des Danziger Freistaates liegenden Eisenbahnen mit betreibt, ab 1. Dezember die Zloty-Währung auf den in Danzig liegenden Bahnstrecken einführen wollte. Der Konflikt hat auch wochenlang den Völkerbund beschäftigt. Polen hat alle Vermittlungsversuche seitens der Völkerbundskommissars abgelehnt. Jetzt ist am Sonnabend, den 26. November in Genf zwischen dem Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig Fr. Ziem und dem polnischen Außenminister Dr. Becke eine Vereinbarung zustandekommen und sofort unterzeichnet worden, wonach die polnische Regierung auf die Einführung der Zloty-Währung auf den Danziger Eisenbahnen verzichtet und die ganze Streitfrage zur endgültigen Regelung einem Juristenausschuss des Völkerbundes überwiesen wird. Weiter ist vereinbart, daß Polen gewisse finanzielle Verpflichtungen für den Schulunterricht der Kinder polnischer Eisenbahner in Danzig übernimmt. Ferner werden beiderseitig erlassene Zeitungsverbote aufgehoben.

Werbt Abonnenten

Schreckensurteil im Dortmunder Sprengstoffprozeß

(Eigener Bericht der „SAZ“)

Dortmund, 25. November.

Der heutige Verhandlungstag brachte nach den Plädoyers der fünf Offizialverteidiger des Plädoyer des den Angeklagten von der „Roten Hilfe“ gestellten Verteidigers, Rechtsanwalt Adolf Amecke. Von den ungeheuer hohen Anträgen ausgehend, verwies Genosse Amecke auf mehrere in Norddeutschland gefällte Urteile in Prozessen, die Bombenleger mit 5 und 6 Jahren Zuchthaus bestraft hätten. Hier aber habe keiner der Angeklagten etwas unternommen bzw. unternehmen wollen, was die Anwendung der §§ 5 und 6 des Sprengstoffgesetzes rechtfertige. Scharf wandte sich A. gegen die Behauptung eines Mitverteidigers, auf der Anklagebank säßen urteilsunfähige Menschen, törichte Werkzeugen in den Händen gewissenloser Hetzer. Die Angeklagten bekannten sich nicht schuldig; sie besäßen aber aus der Not geborene Idealität. Dann wandte sich Amecke entschieden gegen den Ausdruck „Terrorgruppe“. Die Partei lehne den Terror grundsätzlich ab, der mit Sprengstoff gegen die Kumpel vorgehe, um einen Streik zu erzwingen. Auch würde das Bestehen einer Terrorgruppe den Tatbestand des Hochverrats erfüllen. Das Reichsgericht aber, dem die Akten ebenfalls zur Entscheidung vorgelegt hätten, habe durch die Verweisung der Sache an das Sondergericht einen nur von ihm zu entscheidenden Tatbestand des Hochverrats und damit das Bestehen einer Terrorgruppe verneint.

Weiter bezog sich Genosse Amecke auf die Auffindung der „Boxheimer Dokumente“, die sich auf staatsfeindliche Umtriebe bezogen. Die Nationalsozialisten hatten damals erklärt, es handelte sich lediglich um Vorbereitungen eines Gegenschlages, falls die Kommunisten revoltierten. Der Oberreichsanwalt habe sich dieser Einlassung angeschlossen und das Verfahren eingestellt. Im Namen der KPD und der Angeklagten behauptet er, Amecke, daß hier ein Parallellfall vorliege. Sei Sprengstoff von der KPD gestohlen, so sollte er zu Abwehrzwecken gegen einen Aufstand der Nationalsozialisten dienen. Er verlange gleiches Recht für alle — Preispruch! In diesem Falle der Bombenanfertigung habe man tatsächlich lediglich den Zweck verfolgt, durch eine Sprengung auf offenem Felde die Polizei von den Zechentoren fortzulocken, um ungestört die Agitation für den Streik durchführen zu können.

Dortmund, 26. November.

WTB. Das gegen die wegen Sprengstoffverbrechen angeklagten 12 Kommunisten heute verkündete Urteil lautete gegen den Hauptangeklagten Magas auf fünf Jahre und einen Monat Zuchthaus. Vier Angeklagte erhielten Zuchthausstrafen von zwei bis zu vier Jahren und sieben Monaten, gegen weitere drei Angeklagte wurden Gefängnisstrafen verhängt, während die übrigen fünf Angeklagten freigesprochen wurden. Das Gerichtsgebäude stand während der Urteilsverkündung unter starker polizeilicher Bewachung.

Erfolg der SAP an der Universität München

München, 27. November.

Am vergangenen Donnerstag fanden die Wahlen zu der offiziellen Studentenvertretung, dem ASTA, statt. Um das Ergebnis verstehen zu können, muß man die Vorgeschichte der Aufstellung der Liste der Sozialisten kennen. Daß die Universitäten der Hort des Faschismus sind, ist allgemein bekannt, so daß die hohen Ziffern der rechten Listen nicht wundernehmen können.

An der Universität existieren Gruppen der drei proletarischen Parteien, KPD, SAP und SPD, wobei die SAP wohl die stärkste, jedenfalls aber die aktivste Gruppe ist, während man die SPD kaum mehr merkt. Die Verhandlungen gingen nun über eine gemeinsame Liste aller Richtungen, um so gegen die überaus starken Nazis ein Gegengewicht zu schaffen. Während sich die SPD wegen ihrer Schwäche bald dazu bereit fand, machte die KPD von vornherein den Anspruch auf alleinige Führung. Zunächst beanspruchte sie nur den ersten Platz, woraufhin sich die SAP-Fraktion Bedenken ausbat und ihre Stellung erst in einer internen Aussprache präzisieren wollte. Am nächsten Tag aber schon verlangte die KPD die beiden ersten Plätze und stellte weiter als Bedingung auf, daß an die drei ersten Stellen kein SPDler kommen dürfe, als Begründung gaben sie an, daß sie auf eine Einheitsfront mit der SPD keinen Wert lege, weil sie dadurch Stimmen oppositioneller Nazis zu verlieren fürchtete. (!) Die Verhandlungen zerschlugen sich, und es wurden zwei linke Listen eingereicht, eine reine KPD-Liste und eine Liste von SAP und SPD, bei der aber die SAP die Führung hatte, die sie nicht durch ultimative Forderungen erreichte, sondern durch den gegen eine Stimme gefaßten Beschluß einer Versammlung aller sozialistischen Studenten. Dort wurde die Liste in folgender Weise besetzt: 1. Stelle SAP, 2. Stelle eine parteilose mit der SAP sympathisierende Frau, 3. SPD, 4. SAP, 5. wieder eine parteilose Frau. Die kommunistische Liste wurde dann vom Rektorat verboten, woraufhin die KPDler die Parole ausgaben, ungültige Stimmzettel abzugeben, anstatt für die sozialistische Einheitsliste zu stimmen! Das Ergebnis war: Sozialisten 290 Stimmen = 1 Mandat gegen 212 Stimmen (1 Mandat) im Vorjahr. Die Nazis nahmen zugunsten der Deutschnationalen und des Stahlhelms ab von 2713 auf 2293 Stimmen. Als einziger Sozialist ist also auf der Einheitsliste ein Vertreter der SAP gewählt.

Tariffverlängerung im Gastwirtsgerbe

Von dem Zentralverband der Hotels, Restaurant- und Café-Angestellten, Zweigverein Breslau, Margaretenstr. 17, wird zum Tarifstreit im Gastwirtsgerbe folgendes mitgeteilt:

In dem Tarifstreit der gastwirtschaftlichen Angestellten ist durch eine Vermittlung des Schlichters eine Vereinbarung dahingehend zustande gekommen, daß der alte Tarifvertrag bis zum 2. Januar 1933 verlängert wurde. Die Parteien sind verpflichtet, sofort in Neuverhandlungen einzutreten. Damit ist vorläufig der Streitfall beigelegt. Es wird sich zeigen, ob die Scharfmacher im Gastwirtsgerbe, es sind nur Einzelne, sich bei den Neuverhandlungen ebenso stur benehmen, wie bei den vorhergegangenen.

Mitglieder-Versammlung der SAP Oels

Trotz alledem weiter! Das war die Losung der gestrigen gut besuchten Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und gab einige Mitteilungen bekannt. Für das gute Gelingen der Jahresfeier wird allen Funktionären der Dank ausgesprochen. Empfohlen wird der Besuch des Films von der Freidankortsgruppe Oels, „Das Erwachen der Seele“. Beschlossen wird ferner, im Monat Januar eine eigene Filmveranstaltung zu machen. Nach Verlesung einiger Rundschreiben des Bezirks- und Hauptvorstandes erhält Genosse Klose, Breslau, das Wort zur politischen Stellungnahme. Er streift in seinem Referat noch einmal die Vorgänge, die zur Spaltung führten sowie die neuen Missionen der Reformisten. Ein guter Revolutionär kann nicht durch dieses Wahlergebnis nicht erschüttert werden. Es gilt jetzt erst recht, wenn es auch ein schwerer Kampf sein wird, für die Aufgaben, die wir uns als SAP gestellt haben, weiter zu kämpfen auf dem Boden der Prinzipienklärung, die wir uns auf dem ersten Parteitag gestellt haben.

Die nun eintretende Diskussion ist übereinstimmend mit den Worten des Genossen Klose. Genosse Klose hat den Mitgliedern aus dem Herzen gesprochen, reicher Beifall wurde ihm zuteil.

Zur politischen Situation faßte die Ortsgruppe folgende Beschlüsse:

In politischer Beziehung stellt sich die Ortsgruppe Oels hinter die Beschlüsse der Ortsgruppe Breslau und des Bezirksvorstandes, desgleichen in der Angelegenheit von Levy und Karl Frank.

Die Einberufung des Parteitages im Monat Februar hält die Mitgliedschaft für zu spät, da die kommenden Monate wichtige politische Entscheidungen bringen. Die Abhaltung des Parteitages wird noch im Monat Dezember gefordert. Die Beteiligung an Wahlen mit eigenen Listen soll in Zukunft nur dort geschehen, wo Aussicht auf Erfolg besteht.

Im übrigen verlangt die Mitgliedschaft vom Parteivorstand, daß alle Maßnahmen der Partei im Einklang mit der Prinzipienklärung stehen müssen. Die Austragung von Meinungsverschiedenheiten führender Genossen in der „SAZ“ soll nach Möglichkeit unterbleiben. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten konnte Genosse Welz die gut verlaufene Versammlung schließen.

Bevölkerungszunahme in Breslau

Die Breslauer Bevölkerungszahl ist von Ende September bis Ende Oktober 1932 um 1505 auf 616018 gestiegen. Der Geburtenüberschuß betrug 24, der Wanderungsgewinn 1281.

Zeitkarten

Die Zeitkarten der städtischen Straßenbahn für den Monat Dezember 1932 werden in den bekannten Verkaufsstellen zu den üblichen Tageszeiten verkauft. Am Mittwoch, den 30. November, und Donnerstag, den 1. Dezember, ist die Verkaufsstelle Elisabethstraße 4 von 8 bis 18 Uhr geöffnet.

Filmsamstag der PKG

Die proletarische Kulturgemeinschaft veranstaltet am gestrigen Sonntag ihren ersten Filmsamstag. Der Saal der „Monistischen Gemeinde“ war schon lange vor Beginn derartig überfüllt, daß alle noch irgendwie verfügbaren Bänke und Stühle nicht ausreichten und eine große Anzahl Besucher stehen mußten. Nach einigen, mit großem Beifall aufgenommenen Darbietungen der Spieltruppe der PKG liefen ein Chaplinfilm und der Russenfilm „Der Mann, der das Gedächtnis verlor“. Mit dem Gesang der Internationalen fand die eindrucksvolle Feier ihr Ende.

Sprengung von Notschächten

Myslowitz, 26. November. Hinter der Myslowitzer Grube wurden sämtliche Notschächte gesprengt. Die Polizei hatte zu diesem Zweck das gesamte Terrain abgesperrt. Die Arbeitslosen, die sich durch die Förderung der Kohle ihren Lebensunterhalt verdienen wollten, da sie keine Unterstützung beziehen, sahen von weitem mit großer Erregung diesen Sprengungen zu.

An Herzschwäche gestorben

Der Füller Wolkowski nicht gerettet

Hindenburg, 28. November. Der in den Delbrückschächten eingeklemmt liegende Füller Wolkowski ist Montag früh an Herzschwäche gestorben. Die übrigen Rettungsarbeiten gehen weiter.

Frühere Meldungen besagten

Hindenburg, 26. November. Die Lage auf den Delbrückschächten hat sich auch bis Sonnabend mittag nicht geändert. Es wird angestrebt an der Umgehungsstrecke gearbeitet, durch die man an die Beine des halbverfreiten Füllers heranzukommen hofft. Dieser hat inzwischen etwas schlafen können. Auch der Zugang zu der Position

des vierten Eingeschlossenen, der abseits von den drei anderen liegt, ist im Laufe des Vormittags um etwa drei Meter weiter vorgelagert worden.

Hindenburg, 27. November.

Trotz fieberhafter Anstrengungen der Rettungsmannschaften ist es bei den äußerst schwierigen Verhältnissen an der Unglücksstelle auch im Laufe des Sonnabendmittags nicht möglich gewesen, größere Fortschritte zu machen. Der Füller Wolkowski befindet sich immer noch in der gleichen gefährlichen Lage und wird seelisch von ihr bereits erschüttert, während er körperlich noch bei Kräften ist.

Eine Tragödie um den § 218

Eine Hausangestellte, wie es so schön im Jargon des Bürgerlums heißt, — Hausangestellte klingt besser als Scheuerfrau oder Dienstmädchen, läßt nicht so auf den ersten Blick den Charakter des Ausgebeuteten erkennen — eine Hausangestellte also, H. mit Namen, ein 22jähriges Mädchen, hatte ein Verhältnis mit einem Tischler, das nicht ohne Folgen blieb. Eine Abreibung wagte sie aus Angst vor den Strafbestimmungen nicht und so beschloß sie, das Kind auszutragen. Damit begann aber für sie der Leidensweg. Die Eltern im Banne einer verlogenen Moral — warfen sie hinaus auf dem Bemerken, ja nicht mit dem Kinde wiederkehren zu wollen.

Das buntläuter Arbeitsamt vermittelte ihr eine Stellung nach Offendorf, die sie auch am 4. Juni antrat. In der Nacht zum 6. Juni bekam sie die Wehen und brachte das Kind heimlich zur Welt. In ihrer maßlosen Verzweiflung und in einer ungeheuerlich depressierenden Angst, des Kindes wegen die

Stellung zu verlieren und nicht nach Hause zurückkehren zu können, ertränkte sie das Neugeborene in einem mit Wasser gefüllten Eimer.

Sie hatte sich jetzt vor dem Schwurgericht in Liegnitz wegen vorsätzlicher Kindesmord zu verantworten. Das Gericht verurteilte sie unter Zubilligung mildernder Umstände zu zwei Jahren Gefängnis und billigte ihr nach Verbüßung von drei Monaten Strafaussetzung mit Bewährungsfrist zu.

Die Sinnlosigkeit von einem Menschenkinder, das weder wirtschaftlich oder sonst noch in der Lage ist, ein Kind zu ernähren und zu erziehen, das hart an die Konvention der bürgerlichen verlogenen Moral stößt, zu verlangen, ein Kind auszutragen, wird durch diesen Fall offenbar. Nicht sie ist schuldig, sondern die Gesellschaft und jeder einzelne, der sich für die Aufrechterhaltung des § 218, diesem Schandzeichen einer zusammenbrechenden Kultur, stellt.

Breslaus Metallindustrielle auf dem Kriegspfade

Uns wird geschrieben: Ein Teil der Metallindustriellen Breslaus versucht gegenwärtig auf Anweisung des Verbandes Schlesischer Metallindustrieller eine Kürzung der Löhne und Akkorde neben anderen Verschlechterungen durchzuführen, die alles bisher dagewesene in den Schatten stellen. Die Art, wie man die Kürzungen durchzuführen gedenkt, grenzt an räuberische Erpressung.

In dem neu abgeschlossenen Tarifvertrag, der nur bis Ende Januar 1933 Geltung hat, ist festgelegt: „Die Akkordlöhne sind so zu bemessen, daß ein Durchschnittsstundenverdienst erzielt wird, der 20 Prozent über dem tariflichen Akkordsatz der betr. Berufsgruppe liegt. Der einzelne Akkordarbeiter kann je nach individueller Leistung hierbei einen höheren oder geringeren Verdienst erzielen.“

Diese Bestimmung soll verhindern, daß die Akkordverdienste unter 20 Prozent herabsinken, wie es heute vielfach der Fall ist. Die Unternehmer scheinen aber gerade diese Bestimmung anders auszulegen, obwohl von den Metallarbeitern und den Verhandlern es beim Tarifabschluß abgelehnt worden ist, eine Bestimmung aufzunehmen, die die Möglichkeit gibt, Akkorde, die einen durchschnittlichen Ueberschussdienst von mehr als 33 1/2 Prozent erbringen, ändern zu können. In dem Tarifvertrag ist weiter festgelegt, daß kein Anlaß zu einer Akkordrevision gegeben ist, wenn ein über den tariflichen Richtlinien hinausgehender Durchschnittsverdienst nur auf eine individuell gesteigerte Arbeitsintensität der einzelnen Akkordarbeiter zurückzuführen ist. Trotzdem gehen die Unternehmer dazu über und erklären, daß sie das Recht haben, die Akkorde, die einen höheren Ueberschussdienst wie 20 Prozent ergeben, herabzusetzen.

Der Anfang wurde bei der Fa. H. Meinecke gemacht. Dort sollten zwei Arbeiterinnen, die für eine Akkordarbeit bisher 306 Minuten bekamen, nur noch 260 Minuten erhalten und ein Revolverdreher sollte auch seinen Akkord zu ähnlich gekürzten Akkordzeiten durchführen.

In den Linke-Hofmann-Buschwerken hat man den hochqualifizierten Arbeitern ihre Leistungszulagen von 20 und mehr Prozent auf 12,5 und 7,5 Prozent zu kürzen versucht. Den Arbeitern und Arbeiterinnen wird einfach erklärt, entweder ihr laßt euch diese Kürzung eurer Verdienste gefallen oder wir haben keine Arbeiten mehr für euch. Selbstverständlich haben diese Arbeiterinnen und Arbeiter eine solche erpresserische Zumutung abgewiesen und sie sind daraufhin auch prompt entlassen worden.

Gegen diese ganz ungeheuerliche Lohnräuberei müssen die Metallarbeiter wie ein Mann zusammenstehen. Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin muß es ablehnen, Akkorde mit gekürzten Akkordzeiten auszuführen oder für niedrigeren Lohn zu arbeiten. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Meinecke haben zu diesen Dingen bereits Stellung genommen und beschlossen, daß sie sich mit den Entlassenen solidarisch erklären, daß niemand sich eine Kürzung gefallen läßt, und in geheimer Abstimmung wurde einmütig der Beschluß gefaßt, eventl. in den Streik zu treten, wenn die Firma von diesen Verschlechterungen nicht Abstand nimmt.

Metallarbeiter, seid auf der Hut! Uebt Solidarität! Steht einig und geschlossen zusammen, damit dieser neueste und größte Lohnraub durch entschlossenen Kampf zurückgewiesen werden kann.

Gerätewettkampf Dresden - Breslau

Die Freie Turnerschaft Breslau hatte am gestrigen Sonntag ihren großen Tag. Die große Leistungshalle, die die Besucher des Wettkampfes aufnehmen sollte, war lange vor Beginn gefüllt. Begeistert wurde die Fülle, die nach einem Konzert der Arbeiter-Mandolinisten Knaben und Mädchen der Vereinschulklasse in lustiger Reihe Tänze in gymnastischer Ausdrucksform vorführten. Es quirlte und sprühte vor Lustigkeit, Schönheit und Jungsein vor den Zuschauern nur so herum. Turnerinnen mit Freidübungen neuerer Form begeistern auch den Entfremt stehenden durch ihre Schönheit und Zweckmäßigkeit. Nun kommen die Wettkämpfer zu Wort. Barren und Pferd-sprez reißt die Zuschauer in seinen Bann. Die Männerchulklasse ist mit froherer Laune dabei, allen, die zuschauen, zu zeigen, wie froh sich der Arbeitersportler seine Trainingsabende auf dem Turnboden gestaltet. Natürlich war es nur ein Ausschnitt davon. Nun messen sich die Wettkämpfer im letzten Gerät: Reck. Die Ausführungen der Übungen an diesem Gerät wirkten durch ihre Großartigkeit besonders auf die Besucher. Ganz was neues brachten die Turnerinnen mit „Wir tanzen „Knorke“. Fein gemacht, bravo Turnerinnen! Der Tanz bietet großartige Aussichten auf die weitere Ausgestaltung desselben. In allen Übungsabenden. Fahnen-schwingen der Sportler, ein aufmerksames Schlußwort des Leiters des Abends Gen. „Teufel“ sowie die „Internationale“ beendeten einen Gerätewettkampf, dessen Hauptzweck, die Pflege des alten Kunstturnens und dessen die Wertigkeit für unseren Arbeitersport voll auf erfüllt wurde.

Zu den Mannschaften noch ein paar Worte. Breslau war blendend in Form und hatte viel Glück. In Dresden verlor Breslau knapp und wußte man allerdings bei Beginn des Wettkampfes noch nicht, wie das Ende desselben ausfallen würde, weil man Dresden in stärkster Besetzung erwartete, je man wußte, daß sogar ein besserer Mann in die Mannschaft eingesetzt wurde. Wider Erwarten mußten sie mit zwei Mann Ersatz antreten. Pech, die fremde Umgebung, fremde Geräte und der

Ersatz müßen dem beigetragen haben, daß sie wider Erwarten allerhand Punkte an Breslau verschoben mußten. Wir wollen aber unseren Dresdener Genossen mit auf den Weg geben, daß sie durch die faire Ausführung dieses herrlichen Wettstreites einen Teil mit dazu beigetragen haben, daß Arbeitersport, eben Arbeitersport ist und turnerisch über Rekord-Wahnsinn und Kanonenschützen der bürgerlichen Sportler steht.

Nun zu den Wettkämpfen im allgemeinen.

Bei einer fachmännischen Betrachtung des Gerätewettkampfes. Dresden-Breslau muß vorausgeschickt werden, daß Dresden den von Breslau erhofften Erwartungen nicht entsprach. Dresden zeigte sich trotz mancher guter Leistung in der Gesamtheit ein wenig schlechter als in Dresden. Dagegen hatte die Breslauer Mannschaft einen außerordentlich glücklichen Tag.

Am auszuzeichnen ten saßen beide Mannschaften um die Spitze an Barren. Eine Breslauer turnte mit einer überaus großen Sicherheit und errang mit einem Felgagraben ein Barrenende die höchste Punktzahl. Beide Mannschaften 18 Punkte. Hantschke und Kulertz-Dresden überzeugten in Schwierigkeit, konnten jedoch die von oben Genannten erreichte Punktzahl durch ihre verminderte Haltung nicht erzielen. Die Leistungsstufe beider Recken bewegte sich in einem Grade, den man nur selten zu sehen bekommt. Mit 195 Punkten für Dresden und 199 Punkten für Breslau beendeten die Schiedsrichter den Kampf am Barren.

Am Pferd bewies Breslau erneut, daß die mit allem Eifer in den letzten Jahren getätigten Übungsstunden die Mannschaft wirklich vorwärtsgebracht haben und mancher in bestaunlicher Manier und durchgreifender Sicherheit jedem Zuschauer einen ästhetischen Genuß entbot. Mit vierfachen, sechsfachen und einigen Wandlerflanken, guten Kehren und schwierigen Stützbungen sichert Breslau vor Dresden einen Punktvorsprung, der den Kampf schon leider bis zu seinem Ende entscheidet. Dresden konnte trotz aller Versuche schwerlich aus den Pauschen heraus und blieb somit erheblich im Hintertreffen. Hantschke-Dresden, der an allen Geräten wohl als der beste Dresdener Turner bezeichnet werden kann, lieferte hier mit 31 Punkten die beste Leistung für Dresden. Breslau setzte der Wertung durch Friese mit 38 Punkten und Groschütz 36 Punkten und Kaschner mit 35 Punkten die Grenze. Die zweiten Versuche brachten auch für Dresden leider keine wesentlichen Veränderungen, so daß der Kampf mit 181 Punkten gegenüber 205 Punkten für Breslau beendet wurde.

Breslaus Turner überragten an Giedigkeit, die in Einklang mit einer an allen Geräten besseren Haltung stand. Der Vorsprung war Breslau nicht mehr zu nehmen. Für Dresden war es vorteilhaft, für die Zukunft zu beachten, daß das Pferd aus drei Teilen besteht. Zweifelsohne hatte Dresden hier mit einem Genossen ausgesprochenes Pech.

Voll Spannung erwartete das übervolle Haus des Turnens am hohen Reck. Wenn auch an Schwierigkeiten das Pferdturnen das Letztgenannte übertrifft, so bieten sich doch ausreichende Möglichkeiten, in schwingvoller Beherrschung und schöner Gestaltung schwierigste Höchstleistungen herauszuholen. Koleritz-Dresden brachte eine gute Leistung zuwege, die mit 34 Punkten als absolut verdient gewertet wurde. Im großen Ganzen konnte Dresden hier besser an sich heranziehen und mehrere Leistungen über 30 Punkte erreichen. Eine wunderbare Leistung als Kraftübung vollbrachte Koleritz-Dresden. Am besten von der Dresdener Mannschaft schnitt hier Hantschke ab, der in tadelloser Haltung seine Übung flott und geschmeidig fertig brachte. 36 Punkte waren das Ergebnis. Die Breslauer Mannschaft stellte in Friese ihren besten Vertreter, der eine Übung zeigte, die an Ausführung und Sauberkeit und verblüffendem Abgang mit 39 Punkten beendet wurde. Hier sah man wahrhafte Vollendung. Nennenswert seien von der Dresdener Mannschaft noch Lindner und Fiebach. Mit 190 Punkten für Dresden und 200 für Breslau erreichte das Reckturnen sein Ende.

Die Kampfergebnisse ergänzten sich in ihrer Leistungsmessung zu aller Zufriedenheit. Wir werden in der Arbeiter-Turn- und Sportzeitung eine eingehende Betrachtung über die Kampfergebnisse und die Leistungen veröffentlichen. Das Gesamtergebnis ergibt somit 564 Punkte für Dresden und 604 Punkte für Breslau.

Bestleistungen:

Barren:	Breslau	199
	Dresden	181
Pferd:	Breslau	205
	Dresden	181
Reck:	Breslau	200
	Dresden	190

Einzelleistungen:

Friese-Breslau	115 Punkte
Fiebach-Breslau	104 "
Hantschke-Dresden	103 "
Groschütz-Breslau	103 "
Koleritz-Dresden	100 "

Die Dresdener Mannschaft hinterließ auch bei allen Besuchern einen sehr guten Eindruck und hat mitzuhelfen, an diesem Tage der Turnbewegung in Breslau neue, begeisterte Anhänger zu erwerben.

Gewerkschaftsnachrichten

Bekleidungsarbeiter-Verband: Dienstag, 29. 11., 20 Uhr, im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses, Quartalsversammlung. Wir bitten die Genossen des BAV sich rechtzeitig daran zu beteiligen.

Elisabethverband der Eisenbahner: Dienstag, den 29. November, 19.30 Uhr, Zimmer 7/8, Gewerkschaftshaus, Vollversammlung der Funktionäre. Tagesordnung außerordentlich wichtig. Ausweis-karte und Mitgliedsbuch berechtigen zum Eintritt. Die Ortsverwaltung.

Metallarbeiterjugend: Wir treffen uns Dienstag, ab 19 Uhr, in den einzelnen Heimen:

Heim I, Gewe: Humor und Satyre.

Heim II, Friedr.-Wilh.-Str. 45: Semmel der Wirklichkeit

Heim III, Sonnenstr. 39: Was liest der Arbeiter? Um recht zahlreichen Besuch wird gebeten!

Werbt Abonnenten

Parteischule der SAP

Sonnabend, den 3. Dez., 19 Uhr u. Sonntag, den 4. Dez., vorm. 10 Uhr
Wochenendkursus mit Gen. Dr. Fritz Sternberg, Berlin

Thema: Der Niedergang des deutschen Kapitalismus

Erwerbslose: Vorverk. beide Kurse 10 Pf., an der Kasse je Veranstaltung 10 Pf.
Verdiener: Vorverk. beide Kurse 25 Pf., an der Kasse je Veranstaltung 20 Pf.
Ab Dienstag sind die Vorverkaufskarten im Partebüro zu haben.
Die Veranstaltungen mit Gen. Dr. Fritz Sternberg sind bekanntlich immer sehr schnell veräußert, deshalb ersuchen wir sofort um Abholung der Karten.

Erla-Crandorf

Es hat Ihnen nichts genutzt; trotz aller Lügen und Verleumdungen der SPD gelang es den „Toten“ SAP, ihre Stimmen zu Gemeindevorstandswahl beachtlich zu steigern und ihr Mandat wieder zu erlangen! Die KPD verlor ein Mandat an die SPD; eine Folge verschiedener Fehler, an denen die KPD nicht die wenigste Schuld trägt und zugleich eine Auswirkung einer Ortszeitung, die von der SPD in der letzten Minute vor der Wahl verächtet wurde. In diesem Schmutzblättchen wurde die KPD sowie unser Genosse Schmidt beschuldigt, sie hätten den Wohlfahrtsverbänden die Arbeit vorantreiben und die Straßenarbeiten lieber einem Unternehmer zugeschanzt. Der wahre Sachverhalt ist der: Der Bezirksausschuß hat für die Gemeinde Erla Mittel zum Straßenbau unter der Bedingung gewährt, daß die vorzunehmenden Arbeiten durch Pflichtarbeiter ausgeführt werden. Bei unserer Einstellung zum Arbeitsdienst war es selbst verständlich, daß wir und die Genossen der KPD diese Zumutung ablehnten. Aber bei der SPD kommt es nicht darauf an, durch Unterstützung faschistischer Arbeitsmethoden alle freigewerkschaftlichen Ideen zu untergraben, sie gehen mit dem Besitzbürgertum durch dick und dünn. Das hat der bürgerliche Vertreter selbst offen ausgesprochen. Von einer Zuschauung der Arbeit an einen Unternehmer war überhaupt nicht die Rede, unser Genosse Schmidt und die KPD-Vertreter standen lediglich auf dem Standpunkt, daß die Arbeiten nach richtigem Tarif bezahlt werden müssen, die Durchführung der Arbeiten hätte durch die Gemeinde geschehen müssen, andernfalls bleibt die Sache einstweilen liegen. In derselben Gemeindevorstandssitzung wurden jedoch beide Arbeitsmethoden mit 3 zu 2 Stimmen abgelehnt. Aber der Bürgermeister Ullmann (SPD) hat sich offenbar doch recht sehr für die Verwirklichung dieser faschistischen Dienstpflanzmethoden eingesetzt (was uns bei der hiesigen SPD nicht wundert) — denn sonst wären die Arbeiten nicht doch in solcher Weise ausgeführt worden. Es ist eben scheinbar das „kleinere Übel“, und wenn die ganze Arbeiterschaft dabei in den Abgrund geführt wird. — Einwohner von Erla-Crandorf, besucht in Zukunft häufiger die öffentlichen Sitzungen der Gemeindevorordneten und seht selbst, wer eure Interessen konsequent und richtig vertritt!

Glashütte

Nationalistischer Rummel. Schon in den frühen Morgenstunden sah man am Totensonntag alle als Nationalisten bekannten Bürger und von ihnen irreführte Kleinbürger und Arbeiter auf den Beinen. Nationalsozialisten, Jungmännern und Stuhlheime standen neben Arbeitsdienstlern, um an einem Aufzug teilzunehmen. Auch die „Sängervereinigung“ und die „Deutsche Turnerschaft“, ja sogar die „Freiwillige Feuerwehr“ waren mit von der Partie, um, wie es hieß, die Toten des Weltkrieges zu ehren. Im Vordergrund des Ganzen aber stand nationalistischer Rummel. Es herrschte Hindenburg-Frieden in Deutschland, aber am Totensonntag wurde feste kommandiert und in geschlossenen Formationen demonstriert. Den Nationalisten ist im heutigen Deutschland alles erlaubt. Der Arbeiterschaft aber verbietet man — wie beispielsweise in Dresden dem Sozialistischen Schutzbund — Werbeveranstaltungen, weil in der Zeit des Hindenburg-Friedens die Politik beiseite gelassen werden soll!

Rückblick auf die Stadtverordnetenwahl. Am 6. November verlor die SAP 13 Stimmen gegenüber der Reichstagswahl am 31. Juli. Sie ging von 71 auf 58 Stimmen zurück. Die örtliche SPD und KPD hielt uns deshalb für erledigt, und es gab dort ganz Schlaue, die uns vorschlugen, die SAP-Liste zur Stadtverordnetenwahl zurückzuziehen.

Unsere Genossen aber ließen den Mut nicht sinken. Mit größter Anstrengung wurde bis zum Wahltage gearbeitet. Noch am 11. November hielten wir eine von 170 Personen besuchte öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Martin Fischer als Spitzenkandidat und Genosse Neumann referierten. An der Debatte beteiligten sich der Spitzenkandidat der SPD, Genosse Rehn, und der KPD-Genosse Tänzer, Genosse Neumann verstand es ausgezeichnet, die Argumente beider im Schlußwort zu entkräften.

Der Wahlsonntag brachte den Erfolg für unsere unermüdete Arbeit. Unsere Stimmen stiegen von 58 auf 369. Wir erhielten 3 Mandate gegenüber der SPD, die sich mit 2 und der KPD, die sich mit 1 Mandat begnügen müssen.

Durch die „konsequente“ Einstellung der KPD, die die Listenverbindung ablehnen zu müssen

plaubte, ist die Linksmehrheit verloren gegangen. Neuerdings wird bereits in Glashütte herumgesprochen, daß die Konsequenz der KPD-Taktik direkt ins Nazilager führt. Ein Kandidat der KPD-Liste soll sich mit dem Gedanken tragen, mit fliegenden Fahnen zu den Nazis überzugehen!

Mühltröf i. Vogtl.

Bürgerliche Korruption! Vor dem Landgericht Plauen standen am 17. November die schweren Verleumdungen des Girokassenleiters Himmeler aus Mühltröf i. Vogtland zur Verhandlung. Himmeler hat gemeinsam mit dem Fabrikantensohne Müller seit 1928 rund 56000 RM. Girokassengelder verspekuliert, die wohl nie restlos abgedeckt worden dürften. Um diese Spekulationen durchführen zu können, hat man ein besonderes Konto, auf die Firma Bruno Müller lautend, angelegt. Geld hatte man zwar keines, aber Himmeler war ja gleichzeitig geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Kreditgenossenschaft, also bewilligte man sich Kredite. Leichtfertig haben auch die anderen Vorstandsmitglieder, Reim und Sachs, diese Kredite mitbewilligt. Wechsel über 4000, 7000, ja 20000 RM. wurden unterzeichnet, als sei es ein Pappenspiel. Braucht allerdings ein kleiner Geschäftsmann mal einen Kredit, so ist man viel zugewickelter. Mit welcher Skrupellosigkeit Himmeler vorgegangen ist, zeigt weiter die Tatsache, daß er diese Falschbuchungen von dem ihm unterstellten Beamten vornehmen ließ, so daß auch diesem der Vorwurf der Mitwisserschaft nicht erspart bleiben kann. Hätte man rechtzeitig Meldung erstattet, wären die Verluste nie zu dieser Höhe angewachsen.

Die Verhandlung selbst begann mit einem heitigen Zwischenfall. Der Buchschverständige fehlte. Erregtes Hin und Her. Und siehe da, man hatte vergessen, ihn zu laden. Also auch die hohen Behörden leiden an Vergesslichkeit. Im übrigen war Himmeler geständig, so daß man auf einen Teil der Zeugen verzichten konnte. Nur beteuerte Himmeler immer wieder, daß er nur im „Interesse der Girokasse bzw. der Firma Bruno Müller“ gehandelt habe. Das Gericht schenkte ihm zwar keinen Glauben, doch konnte man ihm auch nicht nachweisen, daß er die Gelder für seine persönlichen Zwecke entnommen hat. Das Moment der Unterschlagung fehlte also. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte demgemäß wegen Untreue und Betrug 1 Jahr 7 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte nur auf 1 Jahr zwei Monate Gefängnis. Erich Müller, der unverdächtig geblieben ist, wußte von gar nichts! Erst durch die Entdeckung dieser Betrugsgeschäfte, die Himmeler allein durchgeführt haben soll, habe er von der wirklichen Höhe dieser Summe erfahren! Lediglich von 20000 RM. habe er gewußt, aber soviel hatte er Kredit. Man konnte ihm also eine Beihilfe nicht nachweisen. Interessant für die Arbeiterschaft an diesen Skandalen ist die Vorsicht, mit der die bürgerliche Presse diese Tatsachen behandelt. Totschweigen ist ihre Parole. Der Mantel der christlichen Nächstenliebe wird darüber gezogen. Oder ist es anders? Hat schon jemand etwas gelesen von den Unregelmäßigkeiten an der hiesigen Forst- bzw. Kirchenkasse? War es ein Zufall, daß dem gut christlichen und nationalen Kassierer plötzlich beide Kassen genommen wurden? Hängt es vielleicht mit dieser Kirchenkassengeschichte zusammen, daß sich die hiesige Kirche in finanziellen Schwierigkeiten befindet und man öffentlich schnorren gehen muß, daß man weiter drei Ämter zu einem zusammenlegen will? Wie würde diese bürgerliche Meute Zeter und Mordio schreien, wären Proleten in einem derartigen Sumpf stecken geblieben!

Plauen

So wirkt die Politik der SPD

Der Bezirksvorstand der SPD wollte im sächsischen Gemeindevorstandskampf der SAP gegenüber eine ganz schlaue Taktik anwenden. Die Bezirksbonzen hatten sich eingeredet, daß die Gemeindevorwahlen die völlige Zerreibung der SAP bringen müßten, und so gaben sie an ihre Ortsgruppen die Anweisung, keine Listenverbindung mit der SAP zu machen. Ausnahmen wurden zugelassen für die Orte, von denen sich die SPD für ihre Partei durch die Listenverbindung einen Nutzen versprach.

Und so wurde fast überall mit schnoddrigen Bemerkungen die Listenverbindung von der SPD abgelehnt. Wie die SPD-Bürokratie

sich dabei ins eigene Fleisch schnitt und darüber hinaus noch der Arbeiterklasse Schaden zufügte, dafür nur zwei Beispiele:

In Rodewisch waren die örtlichen Funktionäre der SPD und SAP sich bereits über die Listenverbindung einig geworden, als die SPD-Ortsgruppenleitung plötzlich auf Anweisung ihres Bezirksvorstandes ihr Einverständnis zurückzog. Ergebnis: Weder die SPD noch die SAP erreichten die notwendige Stimmenzahl zu einem Mandat. Wäre Listenverbindung gemacht worden, hätte die SPD ein Mandat und die SAP auf Reststimmen ein weiteres Mandat erhalten. So aber fielen zwei Mandate an die Bürgerlichen.

In Brockau bei Netzschkau war die zweimögliche Aufforderung der SAP zur Listenverbindung abgelehnt worden. Ergebnis: Obwohl die beiden Arbeiterparteien in der Stimmenzahl eine Mehrheit gegenüber den Bürgerlichen erreichten, bekamen die Bürgerlichen die Mehrheit der Sitze, weil deren Listen untereinander verbunden waren. Nun hat der SPD-Bürgermeister Baumann keine Mehrheit mehr hinter sich und die Bürgerlichen haben bereits mit seiner Beseitigung gedroht.

Eine sehr stark besuchte Mitgliederversammlung der SAP Plauen im Gewerkschaftshaus nahm einen Bericht des Genossen L. Hacke über den Ausgang der Gemeindevorwahlen in Südwestsachsen entgegen. Befriedigt wurde festgestellt, daß der Wahlkampf für uns überall bedeutende Erfolge gebracht hat. Wäre nicht der niederdrückende Eindruck der beiden Reichstagswahlkämpfe vorhergegangen, würde auf jeden Fall unser Erfolg ein mehrfach größerer gewesen sein. Aber auch das gegenwärtige Ergebnis berechtigt zu der Hoffnung, daß die Periode der Stagnation in der Bewegung überwunden und mit diesem ersten Kampferfolg in der breiten Masse die Bahn zu rascherem Vormarsch gebrochen ist. Voraussetzung dafür ist, daß die Masse der Parteimitgliedschaft in einheitlicher Weise auf dem ideologischen Boden der Prinzipienklärung vorwärtsmarschiert. Die Versammlung stimmte einstimmig einer Entschlieung zu, die erklärte, daß die SAP nur eine Führung haben kann, die vorbehaltlos auf dem Boden der Prinzipienklärung steht. Den damit im Zusammenhang stehenden Ausschlüssen der BL Großberlin im Falle Frank und Seigewasser stimmt die Versammlung vollständig zu. Die Masse der Mitgliedschaft verspricht schärfste Wachsamkeit über die ideologische und politische Haltung aller Funktionäre der SAP.

Genosse Ziehr gab Einzelheiten über die Gründung einer IHV-Ortsgruppe bekannt und Genosse Poingfürst erstattete den Kassenbericht über das abgeschlossene Quartal. Die glänzende Kampfstimmung der Bewegung kam in allen Diskussionsreden über die Parteiarbeit zum Ausdruck und bildete den Beweis für die unerschütterliche Stabilität der Partei.

Bezeichnend war die Tatsache, daß das Gewerkschaftshaus für diesen Abend unter Polizeischutz gestellt worden war; die SPD hatte ebenfalls Mitgliederversammlung angesetzt, und Eugen Fritsch nahm offenbar an, daß die „Sapper“ das Häuflein klein der SPD-Getreuen abschachten wollten. Also sorgte er dafür, daß das Portal des Gewerkschaftshauses durch Schupo verziert wurde. Da wir längst tot sind, fürchtet Eugen ganz sicher die Rache unserer Geister.

Planitz

Vor einer Woche berichteten wir, in welcher verantwortungslosen Weise das Reichsbanner veranlaßt durch seinen Führer Seifert, den Schutzbund provozierte. Wir nagelten das verantwortungslose Treiben der Baumann, Seifert & Co. gebührend fest und machten die verantwortungsbewußten Sportgenossen darauf aufmerksam, welche Gefahren sich für das Volkshaus ergeben können, wenn diesen Herrschaften der SPD nicht baldigst Einhalt geboten wird.

Die Bombe hat geplatzt, Baumann öffnet in 54 Zeilen Volksblattbericht seine und seiner Freunde Wutschleusen. Einige Zitate zur Kennzeichnung:

„Allerweltsklugschleifer, fanatisierte Sapper, Geisterstunden des Schutzbundes, hucklige und bucklige Mitgliedschaft, blöde Klaffer der SAP, Drecksäcke.“

Das Wutgeheul beweist, wie recht wir taten, die unproletarische Handlungsweise dieser Herren heute vor aller Öffentlichkeit aufzuzeigen. Wir werden das auch künftig so halten.

Radebeul

Nach dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 6. November haben SPD und KPD unsere Chancen bei der Gemeindevorordnetenwahl gleich Null eingeschätzt. Obzwar unsere Wahlpropaganda nur mit bescheidenen Mitteln durchgeführt werden konnte, war die ganze Ortsgruppe doch von der Gewißheit durchdrungen, daß die Gemeindevorordnetenwahl unseren tatsächlichen Einfluß in der Arbeiterschaft richtiger aufzeigen würde. So ist es dann auch gekommen. Es erhielten Stimmen bei der Gemeindevorordnetenwahl:

SPD 1979 gegen 2397 am 6. November und 3167 am 17. November 1929 (letzte Gv.-W.); KPD 1091 gegen 1224 am 6. November und 432 am 17. November 1929 (letzte Gv.-W.); SAP 400 gegen 116 am 6. November; NSDAP 2202 gegen 2903 am 6. November und 340 am 17. November 1929 (letzte Gv.-W.).

Nachdem wir bei der Reichstagswahl am 31. Juli auch nur 192 Stimmen erhalten hatten, ist der Ausgang der Gemeindevorordnetenwahl für uns als ein Erfolg zu buchen. Haben wir doch nach einjähriger Existenz bei der Gemeindevorordnetenwahl fast die gleiche Stimmenzahl erhalten wie die KPD nach zehnjähriger Existenz im Jahre 1929 auf sich zusammenfassen vermochte.

Durch den erfreulichen Wahlausgang am 13. November haben wir einen Stadtverordneten erhalten. Weitere zielbewußte Arbeit wird es bestimmt ermöglichen, schon in absehbarer Zeit das Gros der Radebeuler Arbeiterschaft zu überzeugen, daß nur durch die gemeinsame Aktion, wie sie von der SAP propagiert wird, der Kapitaloffensive Einhalt geboten und die politische Reaktion vernichtend geschlagen werden kann.

Wilkau

Gemeindeparlamentarisches. Die Vorbereitung für die Neuwahl eines „Ortsobershauptes“ wird nicht gerade beschleunigt. Nachdem bereits in der vorletzten Sitzung durch die ungeschickte Formulierung eines KPD-Antrages allerhand Verwicklungen entstanden, die dann zum Platzen der Sitzung führten, brachte auch die letzte Sitzung kein eindeutiges Ergebnis. Zwar wurde einerseits die Niederschrift aus der Tumultsitzung genehmigt — die die Annahme eines Antrages für die Wiederwahl noch durch das alte Parlament auswies — andererseits wurde aber wieder die Bildung eines vorbereitenden Ausschusses, der das Ergebnis der bereits vorgenommenen Ausschreibung sichten soll, abgelehnt. So wird nun doch das neue Parlament im neuen Jahre die Bürgermeisterwahl vornehmen. Das Ergebnis ist dann allerdings recht ungewiß. — Der Rechnungsabschluß auf das Etatsjahr 1931/32 bringt einen runden Fehlbetrag von 100000 Reichsmark. Der Fehlbetrag ist somit außerordentlich gesunken. Die Kosten tragen die Wohlfahrts- und Unterstützungsempfänger. Der sozialdemokratische Bürgermeister hat es sehr gut verstanden, auf Kosten der Proletarier für den bürgerlichen Staatshaushalt die Rechnung auszugleichen; wie wäre sonst bei der unerhörten Verschärfung der Not und des Elends ein solcher Ausgleich möglich? Unsere Fraktion hat selbstverständlich diese Popen-Rechnung abgelehnt. Das frühere Mitglied der SAP und unserer Gemeindevorordnetenfraktion, Richard Fischer stimmte jetzt selbstverständlich mit der SPD und den übrigen Mitgliedern der faschistisch-bürgerlichen Front. Unsere Partei hatte schon früher alle Maßregeln getroffen, um Fischer vom Namen der SAP abzugrenzen, er ist bereits seit September nicht mehr Mitglied der Partei. So sehr wir das Ausscheiden jedes Genossen bedauern, so ist es doch für eine revolutionäre Partei unmöglich, Handlungen wie die des Genossen Fischer zu decken oder zu billigen. Klarheit und Konsequenz ist Voraussetzung für die Mitgliedschaft in einer kämpfenden Partei.



Versammlungskalender
Ausz.: Freitag, 2. Dezember, findet die fällige Mitgliederversammlung der SAP in der Linde statt. Pünktlich 20 Uhr.
Zwickau: Sondernummer der SAZ und Breschleben beim Gen. Heinz Melchner abholen!

Dresden

Kauft bei **Schuh-Oestreich** das billige Schuhhaus Dresdens

Verkaufsstellen:
Jahnstraße 5, am Wettiner Bahnhof
Frauenstraße, Ecke Schösergasse
Königsbrückerstraße, am Albertplatz
Oschatzerstraße 13
Poststraße, neben L+M

M. Kelling Chem. Reinigung
Kleiderfärberei

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Radebeul

Alle Schuhprovisionen bei **Erich Gebauer**
RADEBEUL - Sorauer Str. 72 - Markt. 44

Bahnstr. 10 v. 8. bis 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u. 963. u. 964. u. 965. u. 966. u. 967. u. 968. u. 969. u. 970. u

Zwanzigmal größer als Dnjeprostroi

soll der Angarastroi werden, der die Angarawasserkraft ausnutzen wird und das elektrische Kraftzentrum eines Industrie-Kombinats, eines Überuhrgebietes von Mittelsibirien werden soll.

Angara? Wo liegt das? Wer von uns West-Europäern hat überhaupt schon einmal diesen Namen gehört?

Weit im Osten, vielleicht 12 Tage Bahnfahrt von Moskau, falls es Bahnen bis dorthin gäbe, durch endlose Steppen, durch steinerne und sandige Wüsten, durch dunkle Urwälder fließt der Baikalsee mit dem Jenissei verbindend, die Angara (von da ab, wo sie mit dem Ilm zusammenfließt heißt sie „obere Tunguska“), die einzige Stadt in der Nähe, deren Namen wir vielleicht kennen, heißt Irkutsk.

Und hier liegt mitten in der Wildnis, etwa 1500 km von der nächsten Bahnstation, ein Gebiet, das an Boden und Erdschätzen so ungleiches suchen kann.

Zwar kennt man dieses Gebiet noch nicht näher. Und doch hat man jetzt schon

riesige Lager an Metallerzen

festgestellt. Man findet: Eisen, Silber, Gold, Blei, Aluminium, Zink, Kupfer, Wolfram und Molybdän.

Molybdän, ein ungeheuer hartes und zähes Schwermetall, das mit Eisen in bestimmten Verhältnissen gemischt einen sehr harten Stahl ergibt, der vorzugsweise zu Werkzeugen verarbeitet wird.

Wolfram, ein noch härteres Metall mit besonders hohem Schmelzpunkt, ergibt mit Eisen den bekannten Wolframstahl, der von geradezu ungläublicher Härte ist und zur Herstellung für Schneiden und Bohren benutzt wird. Außerdem wird Wolfram als Metall zum Glühfaden der sogenannten Wolframlampe benutzt. Vorzüge und Verwendung der anderen genannten Metalle brauchen wohl an dieser Stelle nicht geschildert zu werden.

Aluminium ist in so reichem Maßstabe vorhanden, daß man hier eine eigene Aluminium-Industrie, die vor allem Transportmittel und Haushaltartikel erzeugen soll, aufbauen wird.

Diese Erzlager ergeben im Verein mit gewaltigen Kohlenlagern

die man dort gefunden hat, die natürliche Basis zum Bau eines metallurgischen Kombinars, d. h. eines Industriebezirks für Metallgewinnung und -Bearbeitung.

Man hat drei Kohlenarten im Angaragebiet, die jede im Rahmen der geplanten Industrie für die verschiedenen Produktionszweige und Produktionsvorgänge von größter Bedeutung sind, gefunden: Braunkohle, Wasserstoffreiche Kohle und Naphthakohle.

Braunkohle ist als Heizmittel für Dampfmaschinen, Lokomotiven und Transportschiffe zu verwenden.

Die wasserstoffreiche Kohle soll die wichtigste Grundlage für eine Stickstoff-Industrie geben, und damit würden große Mengen von Düngemittel für die Landwirtschaft erzeugt werden können.

Naphthakohle ist das Ausgangsprodukt für die Herstellung von Naphtha (Petroleum), das die billigste Kraftquelle für Motoren darstellt.

Dazu kommt

ein ungeheurer Waldreichtum.

Riesige Wälder bedecken etwa 70 bis 80 Prozent des gesamten Bodens des Angaragebietes. Von dem Forstbestand sind: 50 Prozent Fichten, 25 Prozent Tannen, 12,5 Prozent Zedern, 12,5 Prozent Lärchen.

Das Fichtenholz wird zu Baumaterialien verwendet werden.

Das Tannenholz soll den Rohstoff für eine Papier-, Zellulose- und Kunstseide-Industrie geben.

Lärchen kommen bei uns sehr wenig, Zedern überhaupt nicht vor. Ihr Holz, besonders der Zeder, hat sehr wertvolle Eigenschaften, es fault nur schwach und ist feuerbeständiger als andere Holzarten. Dachschindeln aus Zedernholz sind sehr gesucht.

So werden hier mitten im Urwald große Industrien entstehen, deren Herz der Angarastroi werden soll.

Die Wasserkraft

Es wird möglich sein, wenn die ungeheuren Wasserkraft der Angara nicht nur einzeln ausgenutzt werden, jährlich 11 Milliarden Kilowattstunden an elektrischem Strom zu erzeugen. Das sind, wenn man nachstehende Tabelle betrachtet, ca. 20 mal soviel wie der Dnjeprostroi, ca. 20 mal soviel wie der gesamte deutsche Produktionsapparat erzeugen könnte, wenn er voll ausgenutzt wäre.

Energieleistung in Milliarden Kilowattstunden:

Dnjeprostroi	2
Deutschland	16
Sowjet-Union (bisher)	17
Angarastroi	44

11 Milliarden Kilowattstunden Strom, d. h. das etwa um ein verständliches Beispiel zu geben — 10 Millionen lichtstarke Lampen, zu 50 Watt, 1 Jahr lang brennen können.

Im Angarastroi steckt eine Wasserkraftreserve von 16 Millionen PS. Das ist mehr als doppelt soviel, als der Niagara-Fall besitzt, dessen Wasserkraft 7,5 Millionen PS betragen.

Ein PS, d. h. eine Pferdekraft, das ist das Maß einer Arbeitsleistung, die dadurch ausgedrückt wird, daß 75 Kilogramm in einer Sekunde einen Meter hoch gehoben werden.

16 Millionen PS entsprechen also einer Arbeitsleistung, die der Arbeitsleistung gleichkäme, wenn man 1,2 Milliarden Kilogramm oder 1,2 Millionen Tonnen in einer Sekunde einen Meter hoch hobe.

Eisenbahn und Straßenbau

Eine der wichtigsten Fragen, die bei diesem Projekt des neuen künftigen Industrie-Zentrums Sibiriens diskutiert wurde, ist der Ausbau der Transportmittel, der Bahnen und Straßen. Die Eisenbahnen sind alle durchweg elektrisch geplant, man wird dabei Stromleitungen von 1000 bis 1200 Kilometer Länge verwenden.

Um solche weite Strecken den Strom hochgespannt durch Leitungen schicken zu können, muß die Elektrotechnik neue Aufgaben lösen. Man hat eingeschrieben, daß die übliche Spannung des Stromes von 110.000 Volt unzureichend ist. Die Übertragung einer Kilowattstunde auf 100 km würde in diesem Falle 0,2 Pfennig kosten, was bei den ungeheuren Strecken zu teuer wäre. Man beschäftigt sich im Augenblick mit Versuchen, Leitungen zu bauen, die einen 220.000 Volt gespannten Strom aufnehmen, das heißt, daß der Preis für die Übertragung einer Kilowattstunde auf 100 Kilometer auf 0,12 Pfennig sinke. Aber auch das ist noch zu teuer. Man macht jetzt Versuche mit Leitungen, in die man einen Strom von 480.000 bis selbst von 660.000 Volt schicken würde. Der Preis für die Übertragung auf 100 Kilometer würde sich hierbei auf 0,05 Pfennig und noch weniger senken.

Dies sind zwar alles noch Pläne, deren Ausgestaltung im Schilde — aber bereits der nächsten Zukunft liegen. Bereits in diesem Jahre hat die Regierung der UdSSR Riesensummen für Expeditionen, die das Urwaldgebiet der Angara auf das genaueste erforschen sollen, ausbezahlt. Bereits 1933 soll mit dem Bau der ersten Elektrizitätswerke begonnen werden, der in so beschleunigtem Tempo durchgeführt werden soll, daß bereits 1934 5 große Elektrizitätswerke in Betrieb genommen werden können. Gleichzeitig soll sofort mit dem Bau von Bahnen und Straßen begonnen werden.

So macht der Sozialismus weder vor den kühnsten und schwierigsten Aufgaben Halt, noch scheuen die Sozialistischen Stützbrigaden der Sowjet-Union, allen voran die Jugend, auf deren Schultern der größte Teil der Arbeit und des Aufbaues im Rahmen des Fünfjahresplanes und der weiteren planmäßigen Arbeit ruhen, weder tropische Hitze noch sibirische Kälte, um die gigantischen Pläne, die die wirtschaftliche Basis für eine befreite Menschheit geben sollen, in die Wirklichkeit umzusetzen. R. P.

ten wir noch neue. Verschiedentlich hatten wir Nachforschungen angestellt, wie wir diesem Sklavensystem entkommen könnten. Es gab weder Weg noch Steg; wir konnten nur ankommen, wenn es uns gelang, die Boote an uns zu reiten und den Alto Paraná hinaufzufahren. Die Boote aber wurden schief bewacht, und wir hatten keine Lust, so hilfungslos unser Leben aufs Spiel zu setzen.

Schließlich lobten wir den Plan, ein Stück flussaufwärts zu wandern und an einer geeigneten Stelle des Ufers ein Floß aus starkem Bandensah zu bauen. Diesen Plan liebten wir fest und eines Morgens gegen zwei Uhr besapften wir uns mit unseren Kleiderbündeln und machten uns auf den Weg. Mit einem meiner Kameraden zog ich los. Die Natur war bereits erwacht, die Affen kreischten. Als unser Weg immer beschwerlicher wurde und wir uns durch Urwald durchhauen mußten, hielt es mein Begleiter für richtiger, umzukehren. Er versuchte mich zu dem gleichen Entschluß zu überreden, aber ich hatte mir vorgenommen, unbedingt abzuwandern und so blieb ich fest.

(Fortsetzung folgt)

Schwerer Sturm auf dem Kaspischen Meer

Moskau, 26. November.

(Telegraphenagentur der Sowjetunion.)

Auf dem Kaspischen Meer gerieten gestern mehrere Schiffe in einen schweren Sturm und drohten zu kentern. Nur den Anstrengungen der Besatzungen der Schiffe „Leutnant Schmidt“ und „Marxist“ gelang es, die havarierten Schiffe „Engels“, „Gorki“ und „Drahm“ vor dem Untergang zu retten. Aus Astrachan ist ein Schiff mit Lebensmitteln und Kleidungsstücken für die Schiffbrüchigen unterwegs.

Das Wüten des Sturmes war übrigens so heftig, daß einige niedrig gelegene Ortschaften am Kaspischen Meer von Hochwasser überschwemmt wurden.

Schwerer Unfall auf der Schauinslandbahn

Freiburg, 26. November.

Auf der nach dem Schauinsland führenden Seilseilbahn ist heute abend aus noch nicht geklarer Ursache eine Kabine entgleist und abgestürzt. Von den Insassen wurde der Schaffner und ein Tourist getötet. Ein zweiter Tourist erlitt lebensgefährliche Verletzungen.

Die Ursache

Die Untersuchung über das Unglück auf der Seilseilbahn nach dem Schauinsland wurde am Sonntag weiter gefördert. Nach dem vorläufigen Befund ist ersichtlich, daß das Unglück auf Fahrlässigkeit des tödlich verunglückten Schaffners zurückzuführen ist, der den Wagen vor der Fahrt ins Tal nicht auf beide Zugseile kuppelte und auch während der Fahrt bis zur Unfallstelle diesen Fehler nicht rechtzeitig bemerkte. Die Untersuchung hat weiter ergeben, daß der Schaffner von den verschiedenen Möglichkeiten, beim Vorliegen von Fehlern den Bahnbetrieb stillzulegen, keinen oder zu späten Gebrauch gemacht hat. Die Kabine ist etwa 3 Meter ziemlich senkrecht abgestürzt. Technische oder Konstruktionsfehler der Bahn liegen nicht vor.

Weißer Zähne: Chlorodont

Ohne Geld durch Südamerika

Erlebnisse von Erich Türpe

4) (Nachdruck verboten.) Als der zweite Morgen graute und der Wecker erklang, war ich außerstande, meine Hände auch nur zu schließen. Die Finger waren angeschwollen und steif. Aber Klagen nützte nichts. Wir mußten arbeiten, um unsere Schulden zu tilgen. Mit den Worten: „Spucken Sie ordentlich in die Hände, arbeiten Sie feste, dann platzen die Blasen von alleine auf“, fuhr uns der Administrator auch noch grob an.

Bei unserer Arbeit setzte uns am meisten eine kleine Fliege zu, die Polverinos genannt wird. Kurz vor Sonnenaufgang und kurz vor Sonnenuntergang tauchte sie in riesigen Schwärmen auf und zerstach uns Gesicht, Hände und Füße. Nach kurzer Zeit hatten wir derart dicke Füße, daß sie beinahe Elefantenbeinen glichen.

Mittags und abends, Tag für Tag, verarbeitete man uns zu den Mahlzeiten getrocknetes Rindfleisch, genannt Charce, mit gehacktem Mais. Andere Lebensmittel waren im Geschäftslause der Administration wohl zu haben, aber meist zu dem zehnfachen Preis, den man in der Stadt zu zahlen hatte. Sonntags begaben wir uns auf die Jagd, erlegten Rehe und Wildschweine und hatten sogar einmal das Glück, eine Herde von etwa 400 Wildschweinen zu treffen, von denen 17 unsere Beute wurden.

Fluchtversuch

Die schwere Arbeit, die dürftige Beköstigung und dazu die fast unerschwinglichen Lebensmittelpreise gefielen uns gar nicht. Es bestand ja auch gar keine Möglichkeit, die alten Schulden abzudecken. Höchstens mach-



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

„Ich weiß nicht ... irgendein Teufel sitzt in mir. Ich finde keine Ruhe.“

Ich streichelte ihr Haar und flüsterte ihr freundliche Worte zu. Wir trennten uns als aufrichtige, innige Freundinnen. In den ersten Tagen danach arbeitete sie mit allen Kräften und bemühte sich, mich zufriedenzustellen, meinen Wünschen vorzukommen. Manchmal revoltiert ihr Teufel auch jetzt in ihr, aber nur sehr selten. Es gibt Zeiten, wo sie dumpf, unterwürdig, gleichgültig ist. Sie kämpft nicht mit mir, sondern mit sich selbst. Ich weiß, daß eine dunkle Kraft sie qualvoll peinigt.

Daheim im Dorf war ihr Leben kümmerlich und freudlos gewesen. Ihr Mann war Hirt, und sie mußte mit der Wirtschaft allein fertig werden. Die Armut hatte sie schier aufgelassen. Der Mann trank, die Kinder kränkelten und starben eins nach dem anderen. Doch sie liebte ihre Hütte, ihren Hof, und ganze Tage und Nächte arbeitete sie für ihr Nest. Jetzt besaß sie es nicht mehr, und Sehnsucht würgte sie.

Natascha ist die einzige Arbeiterin, die aus Ueberzeugung spricht und handelt. Vor der Geburt ihres Kindes war sie eine einfache Kinderwärterin, Aufräumfrau, Aufseherin über die Wäsche, alles mögliche. Sie benahm sich dabei streng und sicher wie eine gute Hausfrau. Alle achteten sie, ja sie wird sogar gefürchtet, über niemand wird aber auch so viel geklatscht und getuschelt. Aber nur manchmal, — und gerade dann, wenn die Frauen eng zusammengedrängt vor Begeisterung böswillig klatschen —, packt sie der

Uebermut, spöttisch und herausfordernd, mit einem klingenden Lachen in der Stimme, sagt sie dann:

„Nun, Kinder, ihr klatscht, klatscht ... Wann wird's endlich auf euch hinunter klatschen ...“

Die Frauen zwinkern verlegen mit den Augen, ducken sich zusammen und lächeln wie Diebinnen.

„Aber Nataljtschka! Wir unterhalten uns ja nur ... darf man nicht einmal mehr reden?“

Ein wissendes Lächeln zuckt über Nataschas Gesicht, und sie beruhigt sie:

„Ach, Kinderchen, quatscht so viel ihr wollt! ... Dazu hängt einem doch die Zunge im Mund, damit man sie tüchtig wetzt. Ihr tut mir nur leid, ihr strapaziert eure Zungen zu stark, und es kommt doch nichts Vernünftiges dabei heraus.“

Nach der Geburt ihres Kindes wurde Natascha als Verwalterin der Kinderanstalten bestimmt. Mit dieser Arbeit wuchsen in kurzer Zeit auch ihre Kräfte. Jetzt stellt sie sogar größere Anforderungen und ist viel strenger als ich. Akssjutka zittert vor ihr. Sie haßt sie aber auch aus voller Seele. Ich habe große Angst, daß zwischen ihnen noch etwas passieren wird. Ich habe mit Natascha eines Tages darüber gesprochen, doch sie erhob nicht einmal ihre Blicke, und ihre Hand, die Zahlen in einen Bestellschein schrieb, zuckte nicht einmal.

„Ich kenne sie doch durch und durch, Gnäde: ich fühle sogar, wenn sie auf meinen Rücken schaut, ich weiß in jeder Minute, was sie tut. Nächste lang schläft sie nicht. Sind dir ihre Lieder nicht aufgefallen? Die sind rot wie bei einer Betrunknen. Solche Menschen fressen sich selbst. Sie sind unschädlich.“

Die Tschuschkin kommt oft zu uns. Noch in der Tür stehend ruft sie laut, mit klingender Frauenstimme:

„Nun, Mädels? Hände voll zu tun, was? Laßt mich mal eure kleinen Menschlein anschauen.“

Wir freuen uns sehr, wenn sie kommt: wir führen sie zum Waschtisch, reichen ihr einen weißen Kittel und reden beide wie wild auf sie ein. Sie aber schreit uns mit gemacht zän-

kischer Stimme wie eine böse Schwiegermutter an:

„Was gekert ihr so laut wie Hennen im Hühnersteig? Kaum setzt man den Fuß auf eure Schwelle, da wollt ihr einen gleich tot machen: in einen Kettel hüllt ihr einen wie einen Popen, dann kommen Wasser und Seife. Wieviel Arbeit das kostet! Es fehlt nur, daß ihr einen ins Dampfbad steckt. ... Mit Dampf und Badequaste. ... Ich komm nicht mehr zu euch, hol euch der Teufel!“

Und plötzlich, zornig und gerührt zugleich, beginnt sie uns der Reihe nach abzuküssen. In der Krippe mustert sie mit freudiger Zärtlichkeit die rundlichen, appetitlichen, mit Armen und Beinen strampelnden und mit den Sonnenstrahlen spielenden Säuglinge. Ihre Augen werden feucht, und sie kann lange kein Wort herausbringen.

„Ja ... wir haben's erlebt. Früher ist uns doch so etwas gar nicht in den Sinn gekommen. ... Wie die Schweine haben wir gelebt ... in Schmutz, Verwilderung und Unglück. ... Nicht einmal das Sonnenlicht haben wir ordentlich gesehen ... und jetzt ... ach, Kinder, Kinder ... Ganz blind werde ich von dieser himmlischen Sauberkeit. Die hier werden schon Menschen werden ... wirkliche Menschen!“

Und immer wieder, wenn wir durch den Kindergarten gehen, hebt sie den Kittel in die Höhe und holt Bonbons, die sie speziell zu dem Zweck im Verteiler gekauft hat, aus der Tasche. Ich packe sie an den Händen und nehme ihr die Süßigkeiten so rasch ich nur kann weg.

„Das ist verboten, Tschuschkina, du bist unverbesserlich. ... Laß doch endlich diese schlechten Gewohnheiten. ... Du verdirbst uns die Kinder.“

Sie wird böse, schimpft, sie versteht nicht, wie man es fertig bringen kann, die Kleinen der Geschenke zu berauben.

„Ihr denkt euch allen möglichen Unsinn aus. ... Das sind doch Kinder! Besseres als Süßigkeiten gibt's ja für sie nicht!“

„Begreif doch endlich, Tschuschkina, das ist verboten. Das verdirbt furchtbar den Cha-

rakter. Sie werden dadurch launisch und die ganze Tagesordnung kommt dadurch ins Wanken.“

Sie schnallt, brummt, fügt sich. Im Zimmer bei den Kindern kann sie nicht lange genug mit ihnen reden. Sie nimmt an unseren Spielen teil als wäre sie selbst ein kleines Kind, begeistert sich für die Arbeit, zeichnet, schneidet mit der Schere Figuren aus Papier, lehrt die Kinder nähen, zuschneiden, Puppen machen.

Mit Bankin hatte sie einen hartnäckigen Strauß auszufechten: wie er sich auch Mühe gab, mich als Frauenorganisatorin durchzusetzen, immer wieder protestierte die Tschuschkin energisch dagegen. Auf einer Frauenversammlung verlor sie eines Tages die Geduld und schnitt ihm grob das Wort ab:

„Du bist ein Dummkopf, Bankin. Galja Iwanowna darf nicht Frauenorganisatorin werden. Sie ist Kinderorganisatorin bei uns, also ist sie ihrer Arbeit nach schon Frauenorganisatorin. Ich werde es nicht zulassen und auch keine anderen Frauen würden es zulassen, daß du ihr noch die Frauenarbeit anhängst. Ich übernehme diese Arbeit. Trotzdem ich mich früher dagegen gewehrt habe. Ich wollte die Küche einrichten ... jetzt übernehme ich diese Arbeit. Die Küche und den Speiseraum übergeben wir Lusche.“

So wurde Bankin in diesem Kampf geschlagen. Mit einer hoffnungslosen Handbewegung sagte er hart und seelenlos:

„Nun gut ... im großen und ganzen ... Formulieren wir also ... die Aktivität der Kommunistinnen und ihr proletarisches Bewußtsein unterstreichend, ändern wir den Zellenbeschluss. ... Genossin Tschuschkina ist eine Frau mit einem harten Schädel. ... Ich bewundere sie schon seit langem ... schlägt sich ein Frauenzimmer so aktiv auf die Hüften, so bedeutet das, sie hält alles durch. ... Protokollieren wir also im großen und ganzen ...“

Bankin besaß einen trockenen Humor, und da er das alles mit so einem finsternen Gesicht vorbrachte, lachten wir laut, aus ganzem Herzen. (Fortsetzung folgt.)

Unerfüllte Voraussetzungen des Sozialismus

Von J. Walcher

I. Staat und Revolution

Bei der Wiedergabe der geschichtlichen Betrachtungen über die Behandlung der Sozialisierungsfrage während und nach der Novemberrevolution kam es mir hauptsächlich auf die im letzten Aufsatz („SAZ“ vom 22. 10.) wiedergegebenen Schlussfolgerungen an. Da sich Genosse Rosenfeld ausdrücklich mit meinen Schlussfolgerungen einverstanden erklärt, könnte meine Erwiderung sehr kurz sein, wenn nicht seine ganze Argumentation und die von ihm angeführten Zitate die betonte Uebereinstimmung in den Schlussfolgerungen als sehr fragwürdig erscheinen lassen würden, und wenn nicht der aufgeworfene Fragenkomplex für unsere Bewegung von so großer aktueller Bedeutung wäre.

Die Notwendigkeit des Sozialismus wird heute vielfach auch außerhalb der Arbeiterklasse anerkannt. Die SPD hat ihre sogenannte „sozialistische Aktion“ auf die Tagesordnung gestellt, in Arbeiterversammlungen, besonders in Gewerkschaftsversammlungen, wird über den Weg zum Sozialismus diskutiert. Otto Wels hat im Namen der Sozialdemokratischen Partei den Kampf um den Sozialismus als aktuelle Tagesaufgabe bezeichnet. In einer solchen Situation bewegt jeden politisch interessierten Arbeiter die Frage, wie kommen wir wirklich zum Sozialismus. Und hierbei ist es notwendig und nützlich, aus der Geschichte zu lernen und eine klare Antwort auf die Frage herauszuschälen: Warum ist es der deutschen Arbeiterklasse 1918, wo doch die politische Macht als herrenloses Gut auf der Straße gelegen hat, nicht gelungen, mit der Verwirklichung des Sozialismus zu beginnen oder, genauer gesagt, die Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus zu schaffen? Bei der Antwort auf diese Frage darf meines Erachtens keine Rücksicht auf begriffliche Sentiments genommen werden. Das proletarische Klasseninteresse erfordert, daß wir gemachte Fehler schonungslos aufdecken, Halbwahrheiten als solche kennzeichnen, damit wir lernen, diese gewaltige Aufgabe künftig anders und erfolgreicher in Angriff zu nehmen.

Niemand wird es einfallen, einem Genossen heute Vorwürfe zu machen, weil er sich vor 14 Jahren im Dienst der Arbeiterbewegung irrte, zumal er ja seinen Irrtum mit der Masse der revolutionären Arbeiter teilte. Es stimmt durchaus, daß nicht nur die USPD, sondern auch die KPD (Spartakusbund) schwere Fehler gemacht hat. Ein solcher Fehler war z. B. die Nichtbeteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung, nachdem festgestellt, daß die Wahlen nicht mehr zu verhindern waren. Auch in der Gewerkschaftsfrage sind vom Spartakusbund schwere Fehler gemacht worden. Davon ist in meinen Betrachtungen über die Sozialisierungsfrage nur deshalb nicht die Rede, weil diese Fehler auf anderen Gebieten liegen. Als SAP-Mitglieder können wir heute übrigens freier, unbeschwerter und vorurteilsfreier als alle anderen an die Prüfung geschichtlicher Tatsachen herangehen, gemachte Fehler aufzeigen, ihre Ursachen bloßlegen, um auf diese Weise zu lernen und zu verhindern, daß die deutsche Arbeiterklasse ein zweites Mal die Gunst einer historischen Stunde nicht so jämmerlich verpaßt, wie das 1918/1919 der Fall gewesen ist.

Genosse Rosenfeld bemüht sich um den Nachweis, daß die USPD den Sozialismus gewollt hat. Das zu bestreiten wäre nicht nur lächerlich, das hieße auch noch nachträglich die vielen hunderttausend revolutionären Mitglieder der USPD zu beleidigen. Ich bin übrigens fest überzeugt, daß nicht nur die Masse der Mitgliedschaft der USP damals den Sozialismus wollte, sondern daß man dasselbe auch von ihren Führern mit Einschluß der drei Volksbeauftragten behaupten kann, ja, ich glaube sogar, daß es in den Reihen der Mehrheitssozialisten nicht wenige gab, die ehrlich den Sozialismus wollten.

Leider kommt es in der Politik letzten Endes nicht auf die guten Absichten, sondern auf die Wirkungen an. Und da gilt es heute gerade für uns, klar zu erkennen, daß es auf dem von den damaligen Volksbeauftragten mit Unterstützung ihrer Parteien eingeschlagenen Wege nicht möglich war, zum Sozialismus zu kommen. Alle Reden und Anträge, die eine Förderung des Sozialismus bezweckten, waren samt und sonders nicht das Papier wert, auf dem sie gedruckt waren, solange es die entscheidenden Voraussetzungen für die Verwirklichung des Sozialismus fehlte.

Welches sind diese Voraussetzungen?

Die Antwort ließe sich sehr leicht aus der Geschichte der russischen Oktoberrevolution ableiten. Aber es wird unseren Genossen schwer das Verständnis des Problems erleichtern und den beliebten Einwand von den „besonderen russischen Verhältnissen“ von vornherein gegenstandslos machen, wenn wir uns bei Marx und Engels Rat holen. Die uns bewegende Frage hängt unzertrennlich mit dem Problem der Staatsgewalt zusammen.

Wollte dieses Problem 1918/19 von den maßgebenden Parteien (SPD und USPD) noch nicht einmal erkannt, geschweige

denn im revolutionären Sinne gestellt und gelöst worden ist, deshalb hat die Novemberrevolution nicht zum Sozialismus überleitet.

Bis zum heutigen Tage ist die deutsche Sozialdemokratie erfüllt vom „Aberglauben an den Staat“. Für sie ist der demokratische Staat ein Instrument ausreichender Gerechtigkeit.

„Und daraus folgt dann eine abergläubische Verehrung des Staates und alles dessen, was mit dem Staat zusammenhängt, und die sich um so leichter einstellt, als man sich von Kindesbeinen daran gewöhnt hat, sich einzubilden, die der ganzen Gesellschaft gemeinsamen Geschäfte und Interessen könnten nicht anders besorgt werden, als sie wie bisher besorgt worden sind, nämlich durch den Staat und seine wohlbestallten Behörden. Und man glaubt schon, einen ganz gewaltig kühnen Schritt getan zu haben, wenn man sich freigemacht von dem Glauben an die erbliche Monarchie und auf die demokratische Republik schwört.“

Engels Vorwort zum „Bürgerkrieg in Frankreich“ datiert vom 18. März 1891.

Die Vorstellung, daß die der ganzen Gesellschaft gemeinsamen Geschäfte und Interessen nicht anders besorgt werden, als wie sie bisher besorgt worden sind, nämlich durch den Staat und seine wohlbestallten Behörden, hat dazu geführt, daß sich die wenig bewußte Novemberrevolution unter den Händen der „rein sozialistischen Regierung“ unversehens in die sehr zielbewußte Konterrevolution verwandeln konnte. Das gilt es zu verstehen. Und darum ist es so überaus wichtig, daß das letzte Mitglied unserer Partei das Wesen des Staates begreift und daß ihm die in unserer Prinzipienklärung niedergelegte Auffassung in Fleisch und Blut übergeht.

Engels setzt seine Polemik gegen den Aberglauben an den Staat, von dem er sagt, daß er in Deutschland ins allgemeine Bewußtsein selbst vieler Arbeiter übertragen worden sei, mit folgender gedankenreicher Feststellung fort:

„In Wirklichkeit ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie.“

Solange noch die Gesellschaft in verschiedene Klassen gespalten war, gab es auch keinen Staat. Der Staat ist Resultat der Klassengegensätze, Ausdruck der Tatsache, daß die Gesellschaft in Klassen gespalten ist, die in unversöhnlichem Gegensatz zueinander stehen. An dem Charakter des Staates als eines Werkzeuges zur Unterdrückung einer

Klasse durch eine andere ändert sich auch nichts, wenn die Staatsmacht aus den Händen der Bourgeoisie in die Hände des Proletariats übergeht. Es besteht hier jedoch der gewaltige Unterschied, daß das Proletariat die Staatsgewalt im Interesse der großen Mehrheit der Ausgebeuteten gegen die ausbeutende Minderheit benützt, um ein historisch überlebtes System hinwegzufegen und den Aufbau des Sozialismus durchzuführen.

In unserer Mitgliedschaft ist es Gemeingut, daß die Arbeiterklasse sich nur auf revolutionärem Wege in den Besitz der Staatsgewalt setzen kann. Die Erfahrungen von 1918 lehren uns aber, daß es damit noch nicht getan ist. Die Pariser Kommune hat, wie Marx in dem letzten von ihm und Engels gemeinsam unterzeichneten Vorwort zum kommunistischen Manifest erklärt, den Beweis erbracht, daß „die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann“. „Es genügt nicht mehr“, schreibt Marx am 12. April 1871 an Kugelmann, „die bürokratisch militärische Staatsmaschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen (von Marx in Sperrdruck hervorgehoben) und das ist die Verbindung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent.“

Diese Schlussfolgerung, die Marx aus dem tatsächlichen Verlauf der Pariser Kommune ableitete und die in grandioser Weise durch die Erfahrungen der russischen Revolution bestätigt wurde, ergibt sich zwingend aus der ganzen Marxschen Staatsauffassung:

„Wenn der Staat das Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze ist, wenn er eine Macht ist, die über der Gesellschaft steht und „sich ihr immer mehr und mehr“ entfremdet, so ist klar, daß die Befreiung der geknechteten Klasse nicht nur ohne gewaltsame Revolution, sondern auch ohne Beseitigung jenes Apparates der Staatsgewalt, den die herrschende Klasse geschaffen hat und in dem diese „Entfremdung“ zum Ausdruck kommt, nicht möglich ist.“

(Lenin: „Staat und Revolution“.)

Für einen wirklichen Marxisten ist es völlig klar, daß von der Verwirklichung des Sozialismus keine Rede sein kann ohne vorherige Vernichtung der Staatsmaschine, die sich die Bourgeoisie für ihre Zwecke geschaffen hat.

Und nun soll bewiesen werden, daß 1918 auch die unabhängigen Volksbeauftragten und sonstige maßgebende Führer der USPD nicht begriffen hatten, im Marxschen Sinne die Voraussetzungen für den Sozialismus zu schaffen.

Giftige Rußlandhetze der „Metallarbeiter-Zeitung“

Daß die nationalsozialistische Presse ständig voll ist von einer schamlos verlogenen Hetze gegen Sowjetrußland, ist verständlich. Diese vom Schwerekapital ausgeschaltete „Arbeiter“-Partei ist doch dazu da, die proletarische Revolution mit ihren SA-Arbeitermördern zu verhindern. Kein Arbeiter wundert sich auch darüber, daß die ganze christlich-verlogene Presse aller Schattierungen ihre Spalten mit Moritäten über die „russische Hölle“ füllt. Diese Arbeiterfeinde und Stockreaktionäre wissen, warum sie Sowjetrußland hassen und es den deutschen Arbeitern als eine Hölle schildern.

Aber daß das Organ der größten freien Gewerkschaft in Deutschland, die „Metallarbeiterzeitung“, in der Rußlandhetze mit Nazis und schwarzen Kutten wetteifert, ist nicht eine Schande für den Metallarbeiterverband, sondern beweist auch die grenzenlose Dummheit der Redaktion der „Metallarbeiterzeitung“.

Gewiß ist es falsch, wenn die Lebensverhältnisse des russischen Proletariats ganz allgemein als gut und glänzend geschildert werden. Mit dieser dummen Verhimmelung schadet die KPD-Presse der Sowjetunion viel mehr als sie ihr nutzt. Die Wohnungs-, Arbeits- und Lebensmittelverhältnisse der russischen Arbeiter sind im allgemeinen schwer. Es gibt da und dort gewiß Schichten, denen es infolge Errichtung vieler neuer Wohnungen, guter Fabrikorganisation, guter Organisation der Lebensmittel- und Kleiderversorgung gut geht. Aber für viele Tausende anderer Arbeiter, besonders da, wo noch alles im Aufbau begriffen ist, wo es an Wohnungen, Lebensmittelorganisation usw. fehlt, sind die Verhältnisse sehr schwer.

Das alles ist für einen, der kein satter stupider Spießbürger ist, sondern auch nur eine Ahnung hat, was Revolution, revolutionäre Umwälzung, revolutionärer Aufbau bedeutet, durchaus verständlich. Es kann gar nicht anders sein. Revolutionäre Perioden, zumal die gewaltigste aller Zeiten in Rußland, erfordern von allen Menschen, die sie mitmachen, ungeheure Opfer. Dabei gibt es auch viele, nicht notwendige Fehler der Leitung, die einer Kritik bedürfen. Aber der einzige hier gültige Maßstab der Kritik ist der, ob die großen Opfer sich lohnen, ob es aufwärts oder abwärts geht.

Während es aber in Deutschland seit der Novemberrevolution immer abwärts in das fürchterlichste Elend geht, geht es in der Sowjetunion mit Riesenschritten aufwärts.

Das ist das einzig Entscheidende. Von dieser für einen Sozialisten selbstverständlichen Erkenntnis sind die Spießbürger in der Redaktion der „MZ“ himmelweit entfernt. Und so bringen sie, wie so eine keifende Alte, der die Jugend verhaßt ist, seit Jahr und Tag fast in jeder Nummer der „MZ“ einen hinterhältigen Giftspritzen gegen das gewaltige revolutionäre Geschehen in der Sowjetunion.

Wie wird das gemacht? Da sitzen in Berlin unzählige russische Emigranten, Weißgardisten und Konterrevolutionäre, die davon leben, daß sie die russische Presse durchstößern und alle kritischen Stimmen darin eifrig sammeln, um sie dann der deutschen reaktionären Presse und — den SPD- und Gewerkschaftszeitungen als „Originalberichte“ fertig serviert zuzustellen, für gutes Zeilenhonorar natürlich. Man muß nämlich wissen, daß in der russischen bolschewistischen Presse rücksichtslose öffentliche Kritik von Mißständen nicht nur gestattet, sondern, eben im Interesse der Abstellung dieser Mißstände, offiziell gefördert wird. (In Deutschland kommt ein Arbeiterredakteur dafür ins Zuchthaus.)

Diese weißgardistischen Tintenkulis sehen natürlich nichts in der russischen Presse von dem gewaltigen Aufbau, sie sehen nur die Schwierigkeiten, nur die dort geübte Kritik. Und das Zeug, was etwas anständiger kapitalistische Blätter, wie z. B. das „Berliner Tageblatt“, sich schämen würden, aufzunehmen, ist für die „Metallarbeiterzeitung“, von deren Lesern Hunderttausende mit Stolz auf Sowjetrußland als den ersten Arbeiterstaat blicken, ein gefundenes Fressen. So erfahren wir denn aus der „MZ“ vom 12. November, „Wie russische Studenten leben?“ Sie haben in ihren neu erbauten Heimen in Moskau noch keine Fenster-scheiben, noch keine Oefen, die Wasserleitung funktioniert noch nicht, und es gibt Wanzen. Das hält die „MZ“ für wichtig genug, in Deutschland mitzuteilen. Sie verschweigt aber ihren Lesern, warum und wieso diese Mißstände dort so offen kritisiert werden.

In der Nummer vom 19. November bringt die „MZ“ ein Kapitel aus „den Aufzeichnungen eines deutschen Ingenieurs“, der in Sowjetrußland bei dem gewaltigen Aufbau von Magnetogorsk war. In den schwärzesten Farben wird dort geschildert, daß dort zwar der größte Hochofen der Welt gebaut wurde, die Arbeiter aber „zusammengepfercht“ und „in Erdlöchern“ hausen. Dann aber heißt es wörtlich in der „MZ“:

„Der Berichterstatter hat recht, wenn er schreibt, daß für die Deutschen eine solche Bevormundung und Ausbeutung unmöglich wäre (I) Der deutsche Arbeiter ist viel zu tätig und verantwortungsbewußt, als daß er sich sein Geschick derartig zudikieren ließe. Der Russe lebt trotz der unbestreitbaren Tatsache eines beträchtlich gesteigerten Bildungsniveaus gegenüber der Vorkriegszeit noch immer oder sogar wieder in dumpfem Gehorsam dahin. Ein Aufbäumen oder lebendige Opposition aus der Masse des Volkes gibt es nicht. Streik wird mit dem Tode bestraft. (II) Wo ist die Freiheit, für die die besten revolutionären Kämpfer vor der Revolution kämpften?“

Hört ihr's, deutsche Arbeiter? Hier könnt ihr den Zweck dieser Hetze erkennen.

In Deutschland sind 7 Millionen Arbeitslose, mit ihren Angehörigen gut 20 Millionen Menschen, dem reinen Hunger und Elend ausgesetzt. Zwei Drittel der noch be-

Achtung! An unsere Leser!

Infolge Maschinenschadens konnten die Freitag- und Sonnabend-Ausgabe der SAZ nicht rechtzeitig expediert werden. Wir bitten die dadurch entstandene Verzögerung der Zustellung zu entschuldigen! SAZ, Geschäftsleitung.

schäftigten Arbeiter werden aufs niederträchtigste ausgebeutet und unterdrückt, verdienen nach amtlicher Statistik unter 24 Mark pro Woche.

Und da muß ausgerechnet die „Metallarbeiterzeitung“ kommen und die deutschen Arbeiter von dem nötigen revolutionären Kampf gegen diese entsetzliche Not ablenken mit dem verlogenen Geschwätz, „in Rußland ist es noch viel schlimmer“ und „der deutsche Arbeiter ließe sich das nicht gefallen“.

Ist dem Redakteur in der „MZ“, der diese planmäßige Hetze betreibt, bewußt, welchen Gefallen er den Papen, Hitler und Borsig damit erweist und welchen Schaden er der Arbeiterschaft in Deutschland und der ganzen Welt zufügt? Wir wollen zu seiner Entschuldigung annehmen, daß die Intelligenz dieses Redakteurs nicht so weit reicht, sondern daß er aus opportunistischem Haß gegen alles, was mit Kommunismus zusammenhängt, zu dieser ausgerechneten konterrevolutionären Handlung kommt.

Die Bemerkung zu der Ingenieurschilderung ist um so toller, als der Leitartikel zum Gedenken der Novemberrevolution von Fritz Kummer in derselben Nummer der „MZ“ beginnt mit den Freilichthworten:

„Doch sag ich euch: sie (die Revolution) ist nicht tot! Ich war, ich bin — ich werde sein. Und wiederum voraus den Völkern werd ich gehn!“

Ja, die Revolution lebt. Ihr stärkster Pulsschlag ist seit Jahren in Rußland, im gewaltigen Ringen des russischen Proletariats, das gigantische Opfer bringt, das teils noch hungert, beim Bau von gewaltigen Industriewerken noch „zusammengepfercht“ lebt usw., um, nachdem der Kapitalismus völlig vernichtet ist, eine neue, eine bessere, die sozialistische Welt, zu bauen. Gerade deshalb aber ist ihr Werk die Hoffnung und der Stolz ungezählter Millionen Proletarier in der ganzen Welt. Wie himmelweit sind wir Proletarier in Deutschland davon entfernt!

Der russische Arbeiter opfert, hungert und friert für sich, für den Aufbau seiner Klasse, und er weiß, daß es mit jedem Tag besser wird. Der deutsche Prolet dagegen verhungert, damit der Kapitalismus lebt.

Das müßte die „Metallarbeiterzeitung“ den Arbeitern sagen, wenn ihre Freilichthchen Revolutionszitate von den Arbeitern nicht als bewußte Demagogie aufgefaßt werden sollen. Wir wollen hoffen, daß diese Zellen auf die „MZ“-Redaktion nicht ganz ohne Einfluß bleiben. Die Metallarbeiter aber, vor allem die DMV-Mitglieder, müssen durch allseitigen Protest erzwingen, daß diese Rußlandhetze in ihrem Organ eingestellt wird.

Irish-englischer Zollkrieg

London, 24. November.

Der irische Freistaat hat ab heute nacht einen Zoll von 21 Schilling für je 100 Pfund auf Kartoffeln und 6 Penny auf frische Schnittblumen aus England und Nordirland eingeführt.

Das ist die Antwort auf die unlängst verfürgten Kampfszölle Englands gegen Irland.

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau. Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: Max Rausch, Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG, Breslau. Neue Graupenstr. 7. Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3 | Treppe | Telefon 206 02. Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto Nr. 102 92. Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2.10 und RM. 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2.10 und RM. 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2.10 zuzüglich RM. 1.30 Porto monatlich. Inseratenpreis: Berechnung erfolgt im Grund unseres Tarifes. Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3 | Treppe | Telefon 206 02.